

Wöchentlich 50 Pf., monatlich 1,50 M. im voraus zahlbar. Postbezug 4,20 M. einschließlich 60 Pf. Postgebühren- und 72 Pf. Postwertgebühren. Auslandsabonnements 6.- M. pro Monat.

Der „Vorwärts“ erscheint wochentags zweimal, Sonntags und Feiertags einmal, die Wochenbeilagen für Berlin und im Handel mit dem Titel „Der Abend“, „Illustrierte Beilage“, „Wald und Feld“ und „Kinderfreund“, „Braun-Unterhaltung und Wissen“, „Frauenstimme“, „Schmitz“, „Bild in die Wälderwelt“ und „Jugend-Vorwärts“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Die einseitige Komparierung des Pfenning, Kassen- und Reichsmark „Kleine Angelegen“ des jetzigen Wortes 25 Pfenning (gleichzeitig zwei jetzige Worte), jedes weitere Wort 12 Pfenning, Stellengeld des ersten Wortes 15 Pfenning, jedes weitere Wort 10 Pfenning, Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte, Arbeitsmarkt Seite 60 Pfenning, Familienanzeigen für unbekanntes Zeile 60 Pfenning, Einzelannoncen im Hauptgebäude 10 Pfenning, wochentags von 1/2 bis 1 1/2 Uhr.

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Föhnpost 292-297 Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postkassenkonto: Berlin 31536 - Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten Wallstr. 65. Diskonto-Gesellschaft, Depositenkassa Lindenstr. 3

Systemwechsel in Dänemark.

Rücktritt Madsens. - Berufung Staunings.

Kopenhagen, 25. April. (Eigenbericht.)

Das Kabinett Madsen-Nygdal ist nach seiner Wahlniederlage zurückgetreten. Es wird bis zur Bildung des neuen Kabinetts auf Wunsch des Königs die Geschäfte weitergeführt. Abg. Stauning, der Führer der Sozialdemokratie, dürfte wegen des Ruhetages am Freitag erst am Sonnabend mit der Neubildung des Kabinetts beauftragt werden. Man nimmt an, daß er bis Montag ein rein sozialdemokratisches Kabinett bilden wird, dem zahlreiche Mitglieder der ersten Regierung Stauning angehören dürften. Inwiefern die Bildung einer rein sozialistischen Regierung möglich ist, werden Verhandlungen Staunings mit den Demokraten („Linksradikalen“) ergeben.

Die Wahl in Nordschleswig.

Die Einbuße an deutsch-bürgerlichen Stimmen in Dänisch-Nordschleswig erklärt sich daraus, daß die Hauptparole des Wahlkampfes die Abrüstung war. Die Rüstungsforderungen der Konser-

vationen waren die Hauptursache der Parlamentsauflösung gewesen, da eine Mehrheit dafür nicht vorhanden war, weswegen die Konserwativen dem Budget nicht zustimmten. Die Schleswigpartei, das sind die Deutschbürgerlichen, hatten sich an den Rüstungsfragen uninteressiert erklärt, während die Sozialdemokraten den Hauptkampf für Abrüstung führen. Deshalb werden außer den sozialistischen Arbeitern auch noch weitere Deutsche in Nordschleswig sozialdemokratisch gestimmt haben. Die deutsche Minderheit hat von einer Linkeregierung in Dänemark um so weniger zu befürchten, als gerade die Sozialdemokraten das größte Entgegenkommen für die deutschen Kulturforderungen bewiesen und auch dem deutschen Abgeordneten Schmidt-Wodder einen Sitz in der Schulkommission des Reichstages eingeräumt haben.

Glückwunsch aus Berlin.

Der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands hat an die dänische Sozialdemokratie, zu Händen des Abg. Stauning, folgendes Telegramm gerichtet: „Zu eurem herrlichen Wahlsieg unsere herzlichsten Glückwünsche. Es lebe die dänische Sozialdemokratie! Otto Weis.“

Ein notwendiger Beschluß

Die Arbeitslosenversicherung muß erhalten werden.

Von S. Aufhäuser.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion beschäftigt sich am Donnerstag mit der Finanzlage des Reiches und der Lage der Arbeitslosenversicherung. Sie nahm einstimmig folgende Entschliessung an:

„Die Sozialdemokratische Reichstagsfraktion stellt fest, daß sich das Gesetz für Arbeitslosenversicherung und Arbeitsvermittlung in der kurzen Zeit seines Bestehens im allgemeinen gut bewährt und mit dazu beigetragen hat, die ungewöhnlich starke Massenarbeitslosigkeit des letzten Winters zu übersteuern. Wenn durch Einwirkungen der ganz ungewöhnlichen Witterungsverhältnisse und der sinkenden Konjunktur Reichsmittel in größerem Umfang beansprucht werden müßten, so entsprach diese Reichshilfe den für solche Fälle im Gesetz vorgesehenen Bestimmungen.“

Die ungünstige Kassenlage des Reiches steht nur zu einem Teil mit dem unerwartet hohen Finanzbedarf der Reichsanstalt während des strengen und laugen Winters im Zusammenhang. Die Fraktion hält einen Abbau der Leistungen der Arbeitslosenversicherung weder für geeignet, die Finanznot des Reiches zu beseitigen, noch wäre er sozial- und wirtschaftspolitisch tragbar.

Um der Reichsanstalt für ihre weitere Tätigkeit ausreichend zu finanzieren, erklärt sich die Fraktion bereit, einer notwendigen und begründeten Beitragserhöhung ihre Zustimmung zu geben. Sie ist zur Beteiligung nachweislich bestehender Mißstände bereit. Die Prüfung und Feststellung tatsächlicher vorhandener Mißstände und Vorschläge zur deren Beseitigung sollen durch eine aus Sachverständigen des Parlaments und der beteiligten wirtschaftlichen Vereinigungen bestehende Kommission erfolgen.

Die Fraktion schlägt ferner die Fortführung der Sozialversicherung bei berufsunfähiger Arbeitslosigkeit vor.“

Während die Kommunistische Partei immer noch Zeit und Ruhe hat, ihre Antragswahl mechanisch weiter zu drehen und Milliarden über Milliarden an Reichsmitteln anzufordern, ist die Reichsarbeitslosenversicherung seit Wochen von einer wachsenden Gefahr bedroht, die die ernsteste Beachtung aller Arbeiter und Angestellten verdient. Schon seit Monaten drängt die Sozialreaktion auf den Abbau dieser Versicherung, da sie geeignet ist, dem Lohndruck entgegenzuwirken. Die Sozialdemokratie hat den groß angelegten Angriff im Reichstag bisher mit guten sozial- und wirtschaftspolitischen Gründen abgewehrt.

In den letzten Wochen ist nun den Begnern der Arbeitslosenversicherung in der Finanz- und Kassennot des Reiches ein willkommenes Bundesgenosse erwachsen. Am 1. November 1928 hatte die Versicherung noch einen Reichtum von 109 Millionen Mark. Dann setzte die Massenarbeitslosigkeit ein. Unter den Wirtungen eines an eine Naturkatastrophe grenzenden harten Winters mußte die Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung erhebliche Reichszuschüsse in Anspruch nehmen. Neben dem Reichtum sind bis Ende April 256 Millionen Mark Reichsdarlehen für die Versicherung und ein Reichszuschuß von 92 Millionen für die Saisonarbeiterfürsorge benötigt worden. Die Hege gegen die Arbeitslosenversicherung hat damit neue Nahrung gefunden, obgleich die Versicherung allein aus ihren Beiträgen 800 000 Arbeitslose im Wege der Selbstfinanzierung laufend unterstützt und damit ihre Existenzfähigkeit hinreichend bewiesen hat.

Es wird vollkommen verschwiegen, welche Katastrophe hätte eintreten müssen, wenn zur Zeit, als 2,5 Millionen Erwerbslose außer Beschäftigung gestanden haben, diese Versicherung nicht bestanden hätte. Schon bei der Schaffung des Gesetzes war in der Begründung der damaligen Regierungsvorlage ausdrücklich darauf hingewiesen worden, daß für Zeiten solcher Massenarbeitslosigkeit neben den Beiträgen Reichsmittel bereit gestellt werden müssen, ebenso wie in England und anderen Ländern der Staat die Mittel der Versicherung durch Zuschüsse aus den Steuererträgen ergänzt. Die den Erwerbslosen gegebenen Unterstufungen haben auch nicht nur individuelle Not gelindert, sie sind bis auf den letzten Pfenning dem Inlandsmarkt als Kaufkraft zugute gekommen.

Es wäre eine Selbsttäuschung, wenn man jetzt die Arbeitslosenversicherung für das Kassendefizit des Reiches verantwortlich machen wollte, das lediglich eine Erbschaft des Bürgerblocks darstellt und etwa das Sechsfache der an die Versicherung gegebenen Darlehen ausmacht.

Die Begner der Versicherung scheinen aber auch an Gedächtnisschwäche zu leiden, denn vor dem Inkrafttreten der Arbeitslosenversicherung war die Belastung des Reiches für die damalige Erwerbslosenfürsorge keineswegs geringer. Haben doch die Zuschüsse aus öffentlichen Mitteln allein im Jahre 1926 nicht weniger als 649,7 Millionen Mark betragen.

Wenn das Risiko einer Arbeitslosenversicherung nicht gekonnt erkannt werden kann, so liegt es an den Konjunkturentwicklungen, für die das kapitalistische Wirt-

Dressfeldzug gegen Deutschland.

Angriffe auf den deutschen Kredit. - Eine amtliche Antwort.

Amlich wird in Berlin mitgeteilt:

„Die gestrige Sitzung des Transferrates hat der Havas-Agentur Anlaß zu Kombinationen und Schlussfolgerungen gegeben, die nicht anders gewertet werden können, als eine beabsichtigte Untergrabung des deutschen Kredits im Ausland. Sie behauptet, daß gewisse ausländische Banken es für klüger erachtet haben, ihre Depots aus Deutschland zurückzuziehen. Bisher ist von einer solchen Zurückziehung ausländischer Kredite in Deutschland noch nichts zu hören gewesen. Wenn diese verstellte Aufforderung der Havas-Agentur aber zu solchen Zurückziehungen führen sollte, dann wird man wissen, von welcher Seite zuerst das Signal dazu und zu den sich daraus etwa ergebenden Transferschwierigkeiten gegeben worden ist.“

Offenbar haben die Mitglieder des Transferrates das Unverantwortliche und Gefährliche einer solchen Stimmungsmache in der Presse erkannt, denn die Reparationskommission hat heute folgende amtliche Verlautbarung herausgegeben:

„Der Transferratsausschuss hat gestern seine übliche Monats-sitzung abgehalten. Entgegen den in der Presse erschienenen Nachrichten, haben weder der Ausschuss selbst noch der Vorsitzende irgendeine Mitteilung an den Reichsbankpräsidenten hinsichtlich des Diskontsatzes der Reichsbank gemacht. Der Ausschuss hat, wie allmonatlich, die üblichen Transferleistungen auf Reparationskonto genehmigt.“

Tatsächlich hat die Reichsbank den Devisen- und Goldabfluß in der letzten Zeit mit fleißiger Sorge verfolgt und war bereits vor der Sitzung des Transferrates zu einer Erhöhung des Diskonts entschlossen. Sie hat nur den Wochenanweis vom 23. April noch abgewartet, um sich einen vollen Überblick über den Gesamtsatz der Reichsbank zu verschaffen, um das Ausmaß der notwendigen Diskonterhöhung beurteilen zu können. Sie hat, sobald dieser Anweis vorlag, die sich daraus ergebende Konsequenz gezogen.“

Naßlose Angriffe.

Paris, 25. April. (Eigenbericht.)

Die Pariser Presse führt ihre Kampagne gegen Deutschland und die deutsche Delegation auch am Donnerstagsabend fort. Ihre Angriffe übersteigen diesmal an Naßlosigkeit fast alles, was bisher während der Reparationsverhandlungen an gehässiger Polemik geboten wurde.

Den Anlaß dazu gab eine Falschmeldung, der zufolge das Transferrate der Reichsbank den Rat erteilt habe, ihren Diskontsatz zu erhöhen. Fast sämtliche Blätter haben wie auf Kommando hierzu das Stichwort gefunden: Dr. Schaht, so verurteilt der Chor, hat mit der vor einiger Zeit erfolgten Herabsetzung des Diskontsatzes bewußt den fehlenden Devisen- und Geldabfluß und damit die Transferschwierigkeiten herbeiführen wollen. Er betreibt eine Katastrophopolitik mit dem Ziel, Deutschland la Bankrott zu versetzen.

Der Generalagent für Reparationszahlungen, Parker Gilbert, hat inzwischen zu den Äußerungen der französischen Presse Stellung genommen und die Meldungen dementiert, denen zufolge das Transferrate an den Reichsbankpräsidenten die Aufforderung zur Erhöhung des Diskontsatzes gerichtet haben sollte.

Das Komitee habe lediglich wie jeden Monat den Transfer der fälligen Reparationszahlungen genehmigt.

Ein angeblicher Kompromißplan.

Paris, 25. April.

Der „New York Herald“ will von einem neuen Zahlungsplan, über den die Delegierten untereinander verhandeln, erfahren haben. Aus der etwas unklaren Fassung muß man herauslesen, daß auf der Reparationskonferenz nur eine provisorische Lösung gefunden werden soll, und zwar für die Dauer von 10 oder 15 Jahren. Die Annuitäten für diese Periode würden nicht über die von Dr. Schaht in seinem Memorandum vorgezeichneten Ziffern von 1650 Millionen hinausgehen. Die übrige Regelung würde, nachdem die deutschen Delegierten für die oben genannte Zeitspanne eine Verpflichtung eingegangen sein würden, den späteren Verhandlungen der Regierungen überlassen bleiben.

Schiedsgericht über „Im alone“.

Diplomatische Einigung unmöglich.

Der kanadische Gesandte in Washington übergab dem amerikanischen Staatsdepartement eine neue Note zur Frage des wegen Alkoholschmuggels versenkten Schiffes „Im alone“. Es ver lautet, daß sie dazu bestimmt ist, dem Meinungsaustausch zwischen beiden Ländern ein Ende zu machen und die Anregung von Staatssekretär Stimson annimmt, daß zunächst die schiedsgerichtliche Behandlung der Angelegenheit abgewartet wird.

Ungarische Rachejustiz.

Wieder ein Emigrant heimgekehrt und eingekerkert.

Emanuel Beer, überzeugter Republikaner, früher schon eingekerkert, dann wegen schweren Augenleidens in höchster Not beurlaubt und im Flugzeug entflohen, ist - wie Ludwig Hatnag - nach Horith-Ungarn zurückgekehrt. Der Senat des Blutrichters Török verurteilte ihn wegen einer Rede und wegen Zeitungsartikeln, die er vor sieben Jahren im Ausland veröffentlicht hat, zu fünf Jahren Zuchthaus wegen Propaganda gegen das ungarische - Königtum!

Explosionsunglück in Nürnberg

Acht Arbeiterinnen getötet.

Nürnberg, 25. April. (Eigenbericht.)

An einer Maschine in der Spriterei der Bleistiftfabrik Staedtler brach heute nachmittags ein Feuer aus, das zu einer furchibaren Explosion führte. Sechs Arbeiterinnen wurden auf der Stelle getötet. Der Arbeitsaal stand nach wenigen Sekunden in Flammen. Zwölf Frauen wurden schwer verletzt, zwei von ihnen starben im Krankenhaus.

(Näheres siehe erste Beilage!)

schäftsform und nicht die Versicherung verantwortlich gemacht werden müßte.

Es kann auch nicht zugegeben werden, daß Einzelfälle einer mißbräuchlichen Inanspruchnahme der Unterstützung einer entscheidenden Einfluß auf die Gesamtbelastung der Versicherung gehabt haben soll. Die Sozialdemokratie hat deshalb keinen Anlaß, ihre Zustimmung zu einer sachverständigen Prüfung nachweislich feststellbarer Mißstände zu verweigern. Es wird auch dort eingegriffen werden, wo die aus Beiträgen der Arbeiter und Angestellten aufgebrauchten Gelder der Versicherung tatsächlich zu unrecht in Anspruch genommen werden.

Wenn indes aus Einzelfällen des Mißbrauchs und aus der Finanznot des Reiches jetzt der Schluß gezogen werden soll, daß die Leistungen der Arbeitslosenversicherung und der Saisonarbeiterfürsorge abgebaut werden sollen, so wird die Sozialdemokratie diesem Angriff auf eine der wichtigsten sozialen Errungenschaften der Nachkriegszeit den entschiedensten Widerstand entgegenzusetzen müssen.

Gleichzeitig aber gilt es, die Versicherung leistungs-fähig zu erhalten. Sie darf im kommenden Winter der dann wieder steigenden Arbeitslosigkeit nicht mit leeren Kassen gegenüberstehen. Die finanziellen Nachwirkungen der zurückliegenden Monate machen es allen Anhängern der Arbeitslosenversicherung zur Pflicht, durch vermehrte Beiträge einnehmen ihr Fortbestehen zu sichern. Es wird genügen, die Erhöhung des Beitrags für Arbeitgeber und Arbeitnehmer auf die Dauer eines Jahres um zusammen 1 Proz. in Aussicht zu nehmen.

Das in jahrzehntelanger gewerkschaftlicher Schulung erstarrte Solidaritätsgefühl unserer Arbeiter und Angestellten bürgt dafür, daß sie sich auch in diesem Augenblick, um einen Abbau der Arbeitslosenversicherung abzuwenden, von keiner anderen Bevölkerungsschicht an Opferfreudigkeit übertreffen lassen.

Der Beschluß der Reichstagsfraktion läßt weiter erkennen, daß sie auch nicht bereit ist, dem Verlangen auf Ausschließung der Saisonarbeiter von der Erwerbslosenhilfe nachzugeben. Soweit das Reich auch künftig Mittel für die Arbeitslosenunterstützung aufzuwenden verpflichtet ist, wird es Gegenstand der weiteren Steuergesetzgebung sein müssen, für ausreichende Deckung Sorge zu tragen.

Die Gegner der Arbeitslosenversicherung auf der rechten und der linken Seite haben parteipolitische Gründe, die Arbeitslosen der Verzweiflung und dem Chaos auszuliefern. Die Sozialdemokratie hält daran fest, den Opfern der heutigen Wirtschaftsordnung zu helfen.

Arbeiter, Angestellte, helft mit, haltet die Arbeitslosenversicherung!

Frontverbreiterung.

Die deutschnationale Fronte gegen Diktator Hugenberg.

Die „Deutsche Tageszeitung“ druckt lange Partien des gegen Hugenberg frontierenden Artikels von Schlang-Schönungen aus der „Berliner Börse-Zeitung“ zustimmend ab. Sie erteilt Hugenberg die Jenjur, daß er „Phantomen nachjagt, die gemiß sehr ideal sein mögen, die aber von der Verbindung mit den Realitäten losgelöst sind“.

Die deutschnationale Fronte gegen Hugenberg wird immer breiter. Der parlamentarische Flügel sieht voll Entsetzen, daß die deutschnationale Partei als parlamentarische Opposition einfach nicht da ist, daß sie politisch völlig isoliert ist.

Die Diktatur Hugenbergs in der deutschnationalen Partei endet mit einer regelrechten Revolution. Es ist den Herrschenden gesund, daß sie ihre Diktaturexperimente mit allen Folgen am Körper ihrer eigenen Partei ausprobieren müssen statt am Körper des deutschen Volkes!

Für die Verräter gestimmt!

Nach üblicher Beschimpfung.

Am Mittwoch dieser Woche wiederholte sich wieder einmal der charakteristische Vorgang, daß die kommunistische Fraktion für Anträge stimmte, wegen deren sie die Sozialdemokratie kurz vorher aufs heftigste beschimpft hatte. Es handelte sich diesmal um die Unterstützung bei der Schwangerenfürsorge. Es ist der Sozialdemokratie gelungen, die Unterstützung für schwangere Frauen, die arbeitslos sind oder ihre Beschäftigung aufgeben müssen, von 50 Proz. des Grundlohnes auf 75 Proz. zu erhöhen. Die Kommunisten verlangten 100 Proz. Für diese 100 Prozent, mögen sie berechtigt sein oder nicht, war keine Mehrheit zu bekommen. Die Sozialdemokraten konnten aber die übrigen Koalitionsparteien bewegen, wenigstens 75 Proz. statt 50 Proz. zuzugestehen. Wegen dieses „elenden Kuhhandels“ regnete es die üblichen Vorwürfe. Als es aber zur Schlussabstimmung kam, stimmten die Kommunisten ebenfalls für die von uns erreichten 75 Proz., in der einfachen Erwägung, daß sie immer noch besser sind als die bisher geltenden 50 Proz. Eine ganz vernünftige Taktik — bei den Sozialdemokraten aber ist es natürlich Verrat.

Offenbar um diese „Rechtsabweichung“ wieder gut zu machen, haben die Kommunisten zum Etat des Reichsarbeitsministeriums einen äußerst „linken“ Antrag eingebracht. Er fordert, daß in Gruppe B 2 1 Reichsminister zu streichen und in Gruppe A 9 1 Fernsprechgehilfe wieder einzusetzen ist. Der Fernsprechgehilfe soll jedenfalls die telephonischen Befehle aus Mostau übernehmen, dazu braucht man keinen Minister.

Beschlüsse des Reichsrats.

Ostpreußenprogramm einstimmig angenommen.

Der Reichsrat nahm am Donnerstag einstimmig den Gesetzesentwurf über die wirtschaftliche Hilfe für Ostpreußen an. Im Zusammenhang damit wurde der Ergänzungsetz für 1929 angenommen, der die finanzielle Deckung für die in der Ostpreußenvorlage geforderten Mittel enthält. Damit ist der frühere Beschluß des Reichsrats erledigt, wonach 25 Millionen vom Reichsrat zur Hilfe für Ostpreußen und andere Grenzgebiete angelegt worden waren.

Der Reichsrat genehmigte weiter eine Reihe kleinerer Vorlagen, darunter eine Verordnung über die hinteren Hauptachsen der Krafträder und Fahrräder, die zwangsweise eingeführt werden sollen. Es sollen dabei sogenannte Rückstrahler zugelassen werden, um den Bedürfnissen der kleinen Leute entgegenzukommen.

Ein deutsch-türkischer Schiedsgerichts- und Vergleichsvertrag ist mit dem in Berlin anwesenden türkischen Außenminister vereinbart worden.

„Ein Verbrechen an der Arbeiterschaft!“

Das Komitee der Kommunisten — und was dahinter steht.

Die Kommunisten wollen am 1. Mai trotz des Verbotes Maidemonstrationen durchzuführen. Sie wollen Zusammenkünfte mit der Polizei provozieren. Sie haben ein sogenanntes Komitee eingesetzt, das großmäulig im Namen der Berliner Arbeiter redet.

Was dies Komitee ist, wie es zustande kam und was dahinter steht, darüber berichtet das Organ der kommunistischen Opposition „Gegen den Strom“:

Durch Rundschreiben und durch wiederholte Aufrufe in der „Roten Fahne“ wurden alle Betriebe und proletarischen Organisationen aufgefordert, einen Delegierten zu entsenden zu einer Versammlung, in der das zentrale Mai-Komitee für Groß-Berlin gewählt werden sollte. Diese Zusammenkunft fand statt am Freitag, dem 12. April, im Reichstafelhaus, Neue Königstraße (Kleiner Saal). Das Bild, das sich dort bot, war ein überaus köstliches.

Anwesend waren etwa 60 (sechzig) Personen.

Zu erwähnen ist hierbei noch, daß die Türkontrolle sehr leichtfertig und weitherzig gehandhabt wurde, so daß jeder, der das Parteibuch in der Tasche hatte und sich nicht gerade dumm anstellte, ohne weiteres herein gelassen wurde. An Großbetrieben waren vertreten: K.G.-Turbinen, K.G.-Transformatorwerk, Verkehrs-A.G., dann noch 8—10 Mittel- und Kleinbetriebe. Das übrige setzte sich zusammen aus Vertretern von sympathisierenden Organisationen (K.F.B., K.F.M.B., K.F., usw.), aus Vertretern einiger kleiner und unbedeutender Gewerkschaftsverbände, Branchen usw. Versammlungsleiter war Pfeiffer, das Referat hielt Kasper. Seine Ausführungen bewegten sich im Rahmen der sattem bekannten offiziellen Phrasen über akute Kriegsgefahr und so weiter. Einige seiner Ausführungen verdienen jedoch festgehalten zu werden, nicht wegen ihres positiven Inhalts, sondern weil sie charakteristisch sind für den wahnwichtigen ultralinken Kurs, der die Praktiken der Rasow und Ruth Fischer ganz in den Schatten stellt.

Er führte unter anderem aus:

„Der 1. Mai wird eine Generalprobe für den kommenden Bürgerkrieg sein, sowohl für das Proletariat als auch für die Polizei — Wenn es uns am 1. Mai nicht gelingt, Hunderttausende auf die Straße zu bringen, dann wird in ganz kurzer Zeit über Deutschland ein schicksalhaftes Terrorregime hereinbrechen, viel schlimmer als in Bulgarien und in Italien.“

Er wandte sich in der schärfsten Weise gegen eine Beteiligung an den Gewerkschaftsveranstaltungen.

An der Diskussion beteiligten sich etwa 15 bis 20 Redner. Die Vertreter der sympathisierenden Organisationen standen einer nach dem anderen auf und machten sinngemäß alle die gleichen Ausführungen: „Unsere Organisation stellt sich hinter das Mai-Komitee und wir werden alles daran setzen, um am 1. Mai eine mächtige Demonstration zustande zu bringen.“

Warnung!

„Wobei es eine Anzahl Tote gibt!“

Mit einer Gefühlslosigkeit und Verantwortungslosigkeit ohngleichens diktiert das Rundschreiben der kommunistischen Bezirksleitung an der Wasserfront:

„Der 1. Mai ist kein Feiertag, sondern ein Kampftag. An diesem Tage wird es in allen Ländern, und besonders in Deutschland, zu schweren Zusammenstößen kommen, wobei es eine Anzahl Tote gibt.“

Da keine staatliche Behörde die Pflicht hat, einen Bürger zu verteidigen, wenn sie nicht selbst angegriffen wird, heißt das kurz und brutal: Wir werden es schon darauf anlegen, daß es einige Tote gibt.

Die Arbeiterleben sind der Spielball für diese Provokateure — ob nachher Witwen trauern, Kinder vermissen, das ist ihnen gleich: es wird einige Tote geben, uns ist der 1. Mai kein Feiertag.

Mit gleicher Brutalität sind vor einigen Jahren ähnliche Menschenopfer herausgefordert worden. In Mitteldeutschland und in Hamburg wurden von verantwortungslosen Hebern arme Proletarier zu Gewalttaten verleitet, die natürlich abgewehrt werden mußten.

Nachher, als die Opfer gefallen waren, als die Toten auf der Straße lagen, hat sich die kommunistische Führung auf ihrem Parteitage geräuft, ob diese Putschtaktik die richtige gewesen sei.

Kurzum wurde sie für falsch erklärt, die Verantwortlichen wurden an die Luft gesetzt, ausgeschlossen, man traktierte sie mit Schimpfwörtern, wie sie sonst nur gegen Sozialdemokraten gerichtet waren, aber: die Toten lagen da, sie wackte kein kommunistischer Taktikstreit mehr zum Leben.

So soll es jetzt wieder gehen. Auf dem kommenden kommunistischen Parteitag kann dann der Streit aufs neue beginnen.

Arbeiter, seid gewarnt! Laßt euch nicht zum Spielball solcher Provokateure machen, spart eure Knochen nicht der Taktik jener „Revolutionäre“, die sich ein paar Tage nachher selbst gegenseitig beschimpfen, daß sie Arbeiterverrat geübt haben — siehe Brandler, Thalheimer, Kah, Scholten, Ruth Fischer, Schwarz, Korsch, Kadek, Trojki und so weiter, ohne Ende.

Das Blut deutscher Arbeiter ist zu schade, um diesen wilden politischen Dilettanten und Provokateuren gespart zu werden, die sich morgen selbst wieder gegenseitig beschuldigen!

Eine gebührende Antwort.

Der preußische Innenminister empfiehlt Zurückhaltung bei der Teilnahme an Linina-Veranstaltungen.

Am 25. Februar d. J. wurde in Königsberg i. Pr. die ostpreussische landwirtschaftliche Woche durch den Präsidenten der Landwirtschaftskammer Dr. Brandes eröffnet. Bei dieser Gelegenheit hielt der Präsident der Landwirtschaftskammer für die Rheinprovinz, Freiherr von Linina, einen Vortrag über den Kampf um die Freiheit der Scholle in Ost und West. Bei bestimmten Äußerungen des Vortrages verließ der Vertreter des

Desgleichen die Betriebsvertreter: „Wir haben in einer Betriebsversammlung zum 1. Mai Stellung genommen und einstimmig beschlossen, am 1. Mai zu demonstrieren. Die Betriebsversammlung war zwar sehr schlecht besucht, aber die Betriebsratsmahlen haben sie am 1. Mai unseren Parolen folgen und demonstrieren.“

Deiter von der Verkehrs-A.G. sprach zur Frage der Verkehrsruhe am 1. Mai. Er ließ ziemlich deutlich durchblicken, wie er den Erfolg bei der Betriebsratswahl einschätzte.

er warnte vor legendwichtigen Illusionen in bezug auf völlige Verkehrsruhe.

Es sei seiner Ansicht nach Aufgabe der gesamten Arbeiterschaft, noch bis zum 1. Mai auf das Fahrpersonal einzuwirken und von diesem zu verlangen, nicht zu fahren.“

Die Stimmung war während der ganzen Versammlung sehr gedrückt, was Pfeiffer veranlaßte, zweimal in die Diskussion einzugreifen; er sagte, daß doch endlich die Vertreter der Großbetriebe sprechen möchten, wie die Stimmung dort für eine Demonstration sei. Das war natürlich ein unmögliches Verlangen.

well die Vertreter der ausschlaggebenden Großbetriebe ja überhaupt nicht erschienen waren.

Das Bilanzstück des Abends war jedoch die Wahl des Komitees. Da die Vertreter der ausschlaggebenden Betriebe schüchtern, ließ Pfeiffer anstatt Personen einfach Betriebe und ganze Organisationen in das Komitee wählen. Also von unten ging es nicht, jetzt wird der Stief einfach umgedreht und es wird von oben verjudet. Die Betriebe werden einfach bestimmt und haben einen Delegierten zu entsenden. Was dabei herauskommen soll, das blieb allerdings das Geheimnis des Gen. Pfeiffer. Dieses Komitee wurde dann wirklich und ernsthaft einstimmig gewählt, desgleichen wurde ebenso einstimmig die Herausgabe eines Malaufrufs beschlossen. Und damit war die Tragikomödie beendet. Ein Komitee, das die Berliner Arbeiterschaft in den Kampf führt, sollte geboren werden, und zur Welt kam praktisch ein Nichts, eine Fiktion, eine Körperlosheit, die Malaufrufe erläßt, die eine Bewegung führen soll und die in Wirklichkeit überhaupt nicht existiert, die nicht getragen ist vom Willen der breiten Massen...

Schon heute ist klar, daß hier ein triviales Spiel getrieben wird, daß die heutige Parteiführung sich eines Verbrechens an der kommunistischen Bewegung und an der gesamten Arbeiterschaft schuldig macht.

Hier ist der ganze Schwindel — von Kommunisten selbst aufgedeckt. Ein triviales Spiel, ein Verbrechen an der gesamten Arbeiterschaft — das ist es, was die Kommunisten betreiben.

Oberpräsidenten beim ostpreussischen Oberpräsidium Vizepräsident Steinhoff den Saal; ihm folgte ein anderer Beamter des Oberpräsidiums.

Die Landtagsfraktion der Deutschnationalen Volkspartei griff diesen Tatbestand in einer kleinen Anfrage auf und behauptete, daß sich die Rede des Freiherrn von Linina von Angriffen auf die Reichs- und Staatsregierung ferngehalten habe, „wohl aber das Maß der Unfreiheit kennzeichnen wollte, in dem sich Deutschland — insbesondere die Rheinlande und Ostpreußen — gegenüber seinen übermächtigen Gegnern befindet“. Das Staatsministerium wurde u. a. gefragt, ob es das Verhalten seiner Vertreter in diesem Falle billige. Wie der Amtliche Preussische Pressedienst mitteilt, beantwortet der preussische Minister des Innern Orzeszinski in folgenden Ausführungen, die über den Einzelfall hinaus von grundsätzlicher Bedeutung und richtunggebend für das Verhalten von Staatsbeamten in künftigen, ähnlich gelagerten Fällen sind. Die Antwort lautet:

Der Vortrag des Vorsitzenden der Rheinischen Landwirtschaftskammer, Freiherr von Linina, auf der landwirtschaftlichen Woche in Königsberg hat sich durchaus nicht von Angriffen auf die Reichs- und Staatsregierung ferngehalten. Freiherr von Linina hat nach dem Herrn Oberpräsidenten der Provinz Ostpreußen von ihm selbst mündlich mitgeteilten Wortlaut des Vortrages darin folgendes gesagt:

„Leben wir denn nicht im freiesten Staats der Welt? Ist uns nicht seit Jahr und Tag Friede, Freiheit und Brot amtlich gewährleistet? Ich will nicht bitter werden und nicht spotten, denn Hohn und Spott wären in diesem Punkte billiger als Schneeflocken im Winter.“

Diese Ausführungen bedeuteten, wie sich vor allem ganz klar aus dem beigefügten Wort „amtlich“ ergibt, eine hämische Kritik an den Vorschriften über die Freiheitsrechte in der Verfassung, sowie an den Maßnahmen, welche die Regierungen des Reiches und der Länder seit Jahren zur Binderung der Rot des Volkes getroffen haben. Sie sind auch von den Zuhörern, die sie mit Lachen und bekräftigenden Zurufen begleiteten, in diesem Sinne verstanden worden.

Die Staatsregierung billigt es daher durchaus, daß der Vizepräsident des Oberpräsidiums und sein Begleiter auf diese Ausführungen hin den Saal verlassen haben. Sie stellt zugleich fest, daß Freiherr von Linina die ausdrückliche Zusicherung, die er dem Herrn Oberpräsidenten und kurz vor seinem Vortrage nochmals den Vertretern des Oberpräsidiums gegeben hatte, völlig unpolitisch zu sprechen und nur die Verbundenheit von Ost und West zu betonen, leider nicht gehalten hat. Auch sieht sie sich angesichts dieses Umstandes genötigt, die nachgeordneten Behörden zu großer Zurückhaltung bei der Beteiligung von Veranstaltungen, bei denen Freiherr von Linina hervortritt, zu veranlassen, zumal derselbe, wie ja hinreichend bekannt ist, bei der landwirtschaftlichen Woche in Königsberg nicht zum ersten Male seinem billigen „Hohn und Spott“ gegen den republikanischen Staat und seine Verfassung, die allerdings besondere Vorrechte für gewisse Schichten der Bevölkerung nicht mehr kennt, Ausdruck verleihen hat.

Aufhebung des Demonstrationsoverbots in Kiel. Der Vizepräsident von Kiel hat die Bekanntmachung vom 23. März über das Demonstrations- und Umzugsverbot für Nationalsozialisten und Kommunisten aufgehoben.

Das Journal de Genève ist kein völkerbundsoffizielles Blatt, stellt das Sekretariat des Völkerbundes fest.

Die Regierung der Obersten.

Diktaturabsichten und deutsch-polnische Verständigung.

Th. L. Warschau, Ende April.

Wer eine Verständigung zwischen Deutschland und Polen herbeiführt, der wird nach den letzten Ereignissen in Polen sich schwerer Beforgnisse nicht erwehren können. Nicht, daß die neue „Oberst-Regierung“, mag sie auch lächelnd angetreten sein, die bisher friedliche Außenpolitik zu Experimenten umzubiegen beabsichtigte. Das Säbelrasseln gilt nur dem Inland. „Hassen Sie auf, die Obersten haben große Sachen vor!“ — so sagen selbst die klügsten Leute aus dem Pilsudski-Lager.

Zweifellos haben sie etwas vor.

Nicht umsonst haben sie drei Jahre lang im Verborgenen gearbeitet.

Die Gewalt formell der Regierung Bartel überlassend, und blühten ironisch auf deren kümmerliche Versuche, eine Zusammenarbeit mit dem Parlament herbeizuführen. Bis ihnen jetzt endlich diese Versuche, die dem Parlament ein langsames Anwachsen seines Ansehens im Volk eingebracht haben, aus eben diesem Grunde gefährlich zu werden schienen. Inzwischen waren wohl auch die Vorbereitungen so weit gediehen, daß die Oberstengruppe den Zeitpunkt für gekommen hielt, auch formell die Gewalt zu übernehmen. Ob sie die immer deutlicher zutage tretende Krankheit Pilsudskis (in seinem Artikel sagte er selber, daß er vor sechs Wochen mit einem Fuß schon im Grabe zu stehen gefährdet hat) hierzu bewogen hat, ist nicht unwahrscheinlich.

Die Frage der Nachfolge Pilsudskis scheut man in Polen anzuhäuden.

Was menschlich wohl verständlich, politisch aber geradezu verhängnisvoll ist. Diese Hauptfrage der weiteren Entwicklung Polens sind die Obersten entschlossen, im Sinne militärischer Begriffe zu lösen. Der Warschauer ist der erste, dann kommen die Generäle, nachher die Obersten. Daß solches Denken staatspolitisch ideal wäre, wird niemand behaupten wollen. Es ist offenbar, daß diese Gesinnung, wenn sie einer militärischen Diktatur noch nicht gleichkommt, so doch unweigerlich dazu führen muß.

Als erste Etappe auf diesem Weg wird die Abschaffung des Parlaments geplant.

Das Verfassungsreformprojekt der Regierung will den gegenwärtigen Nachhabern diese Stellung unter Ausschaltung aller demokratischen Prinzipien für alle Ewigkeit sichern, und das wollen die Obersten im Parlament durchbringen! Gelingt das nicht — und das ist so gut wie sicher —, dann wird eben ohne Parlament regiert werden. Die Autorität Pilsudskis wirkt um so stärker, als sie von dem auf kamische Gemüter besonders einwirkenden legendären, ja mythischen Schein umgeben ist; solange sie die politischen Maßnahmen der Obersten deckt, solange werden die Obersten ihre Macht ungefährdet besitzen. Wird er doch, je mehr er schimpft, je „strafwürdiger“ seine Ausbrüche werden, desto mehr von nicht geringen Massen in Polen verehrt!

Der Ministerpräsident Bartel sagte beim Abschied zum Marschall: „Wir alle sind Soldaten, die die gehorchen. Dein Wunsch ist uns heiliger Befehl.“

Und so denken nicht nur die Pilsudskisten, so denken auch unzählige Massen, die Tag für Tag mit Hilfe der allmächtigen Regierungspresse um die letzte Vermunft gedrückt werden.

Noch wichtiger ist die rein pöpstliche Uebermacht der heutigen Gewalthaber —

was soll demgegenüber die Opposition beginnen?

Die Rechte zählt nicht mit. Ihre letzten Regierungsjahre lasten nach auf ihr, ihre Organisationen, ihre Presse werden seit drei Jahren langsam zerfallen. Die Linke befindet sich in keinem Bunde sonst — lassen wir die Bänder der ausgesprochenen Diktaturen vorläufig noch beiseite — in einer derart schweren Lage wie in Polen. Loszulegen — mit halbverhungerten Arbeitern, brennend plebejisch, von der Regierung bezahlte Organisationen Geld und gute Posten stets vor die Nase halten — mit diesen wenigen Arbeitern und Bauern gegen eine gewaltige Armee, einen militärisch durchorganisierten Staatsapparat?

Die Sozialisten schlafen indessen nicht. Sie bereiten sich auf die Entscheidung vor — die unvermeidlich ist, mögen sich die heutigen Machthaber noch so sicher fühlen. Polen, das Jahrzehnte um seine Freiheit gekämpft, hat seinen Freiheitskampf noch nicht beendet. Die schweren Erschütterungen, die dem Staat noch bevorstehen, gehören zweifellos mit zu den Steinen auf dem Wege zur wahren deutsch-polnischen Verständigung.

Ein Oberst als Warschauer Stadthaupt.

Am 29. April wird in Warschau der stellvertretende Stadtpräsident (Oberbürgermeister) durch die Stadtverordneten gewählt. Es gilt als sicher, daß der Oberst Kolkontag-Prebnitzki diesen Posten erhalten wird. Damit wäre auch in der Verwaltung der Hauptstadt der Einfluß der „Oberstengruppe“ gesichert.

Jenny Lee spricht im Unterhaus.

Große Ovationen für die jüngste Abgeordnete.

London, 25. April. (Eigenbericht.)

Die jüngste Abgeordnete der Arbeiterpartei Jenny Lee hielt am Donnerstag anlässlich der Budgetdebatte im Unterhaus ihre erste Parlamentsrede. Die jugendliche Abgeordnete war nach Beendigung ihrer Rede, die einen einzigen großen Angriff auf die gegenwärtige konservative Regierung darstellte, Gegenstand lebhafter Ovationen und Glückwünsche, denen sich nach englischer Sitte auch die politischen Gegner anschlossen.

Endlich Eherechtsreform!

London, 25. April. (Eigenbericht.)

Ein vom Oberhaus als höchster Gerichtshof eingesetztes Komitee zur Prüfung der Ehegesetzgebung ist einstimmig zu der Ueberzeugung gelangt, daß eine Reform dringend notwendig ist, besonders die Erhöhung des Mindestheiratsalters auf 16 Jahre. Bisher war gesetzlich die Möglichkeit einer Verheiratung eines zwölfjährigen Knaben mit einem vierzehnjährigen Mädchen gegeben. Nach dem Heiratsstatistik sind 1924 bis 1927 immerhin 4 Knaben und 119 Mädchen unter 16 Jahren von ihren Eltern oder Vormündern verheiratet worden!

Der Kommissionsbericht macht abschließend das bemerkenswerte Zugeständnis, daß im Hinblick auf die Ehegesetzgebung Großbritannien die öffentliche Auffassung und die Praxis den gesetzlichen Bestimmungen erheblich voraus seien.

Hölzerei.

In Karlsruhe kam es in einer öffentlichen Versammlung zu einer wüsten Schlägerei.



Hölz rief zum Sturm — und alle — alle kamen!

Der Kampf um die Todesstrafe.

Der neue Reichsjustizminister für Beibehaltung.

Der Strafgesetzausschuß des Reichstags setzte gestern die Beratungen über Mord und Totschlag fort.

Abg. Straßmann (Dnat.) trat für die Beibehaltung der Todesstrafe ein. Nicht die Abschaffung sei der entscheidende Gesichtspunkt für die Notwendigkeit der Todesstrafe, auch nicht die Rücksicht auf die Volkstimmung, die ihre Aufrechterhaltung fordere. Entscheidend sei vielmehr, daß das Recht Recht behalten müsse. In jeder Strafe zeige sich die Majestät des Rechts. Die Majestät des Rechts zeige sich darin, daß dem Mörder die Vernichtung des menschlichen Lebens angedroht werde. Nur diese Strafe beseitige jede Möglichkeit, dem Recht ein Schnippen zu schlagen. Justizirrtümer werden nach Inkrafttreten des neuen Strafgesetzes mit seinen weitgehenden Widerungsvorschriften nicht mehr vorkommen können. Den Antrag Beß (Z) und Emminger (Bayr. Sp.), nach welchem nur bei Mordmord, wiederholtem Mord und Vätermord Todesstrafe bleiben sollte, wolle er ablehnen; es müsse doch die Frage aufgeworfen werden, ob die Ermordung des Vaters unter allen Umständen ein Kennzeichen äußerster Verwerflichkeit sei. (Bewegung bei den Sozialdemokraten.)

Reichsjustizminister u. Guérard

bekanntlich in seiner Jungferrede als Justizminister als Anhänger der Todesstrafe. Gemäß hätte man in den früheren Verhandlungen und auch in den jetzigen Erörterungen das Problem der Todesstrafe mit Sorgfalt und Verantwortung erörtert. Ein bestimmtes Ergebnis habe sich bisher nicht gezeigt, da Anhänger und Gegner der Todesstrafe in gleicher Anzahl im Ausschuß sich gegenüberstünden. Die Reichsregierung wolle erst Klarheit über die Stellung nehmen.

Er persönlich sei der Anschauung, daß die Todesstrafe im künftigen Strafrecht nicht fehlen dürfe.

Viele große Kulturnationen hätten sich bisher nicht entschließen können, auf die Todesstrafe zu verzichten. Wenn Oesterreich bei der Beseitigung der Todesstrafe verbleibe, müsse eine abweichende Regelung in den Kauf genommen werden. In dieser Frage erfordere die Rechtsangleichung nicht die nötige Uebereinstimmung des Strafrechts beider Länder. Die Todesstrafe sei eine furchtbare Strafe und niemand werde sich anders als unter dem Druck der äußersten Notwendigkeit für sie einsetzen. Andererseits sei sie der Ausdruck der höchsten Macht des Staates und seines Willens, die Gesellschaft vor Mordern zu schützen. Ein Vollzug der Todesstrafe fühne die schrecklichsten Taten. Trotz der starken Bewegung gegen die Todesstrafe

werde sie heute noch von der Mehrheit des Volkes als gerecht und notwendig angesehen.

Der Strafgesetzausschuß schränkte sie schon stark ein und in dieser Beschränkung müsse sie bleiben. Wenn man von der Unmöglichkeit der Wiedergutmachung im Falle eines Justizirrtums spreche, so gebe es keine Strafe, die völlig wieder gut zu machen sei. Die heutigen Sicherungen des Strafverfahrens und eine weitgehende Praxis genügen, um Justizmorde zu verhindern. Die Gegner der Todesstrafe seien nicht völlig einig. Ein Teil von ihnen erkenne an, daß sie in Zeiten äußerster Not unentbehrlich sei. Gerade aber in Stürmen seien Irrtümer leichter möglich. Auf die Dauer müsse über die Todesstrafe die im Volke lebende Rechtsanschauung entscheiden. Pflicht des Gesetzgebers sei die gewissenhafte Prüfung der Frage.

Abg. Alexander (Komm.) erklärt, daß die Kommunisten grundsätzlich Gegner der Todesstrafe seien, auch im Falle des Artikels 48. Die erschütternden Fälle von Justizirrtümern, welche Dr. Rosenfeld vorgebracht habe, nötigten zur Abschaffung der Todesstrafe. Die Sozialdemokraten seien aber nicht konsequent. Im Falle des Artikels 48 erkennen sie die Notwendigkeit der Todesstrafe an.

Der kommunistische Redner war diesmal so vorsichtig, nicht darauf hinzuweisen, daß die Kommunisten nur in Deutschland die Todesstrafe abschaffen wollten, ihre Beibehaltung in Rußland aber für richtig hielten!

Abg. Emminger (Bayr. Sp.) gab zu, daß die vorgebrachten

Lessing-Theater.

Podest: „Die Frau des andern.“

Eine neue Art von Dejakoffkomödie: der Autor verwickelt die Geschichte so, daß der nur Vermittlung müde gemordete Zuschauer auf eine vernünftige Klärung gern verzichtet. Das Parteiliche spielte vor Spannung und bereitere der vermeintlichen Verbrecherin Erika von Theilmann lebhaft Ovationen. Dgr.

Fälle von Justizirrtümern erschütternd gewesen seien. Es müsse aber festgestellt werden, daß niemand nachweislich unschuldig hingerichtet worden ist. (Zuruf von den Sozialdemokraten „nur zum Tode verurteilt!“) Die Regierungsvorlage gebe die richtige Regelung und nur für den Fall ihrer Ablehnung wünche er die Einschränkung der Todesstrafe auf die Fälle mehrfachen Mordes, des wiederholten Mordes und auf Verwandtenmord.

Abg. Beß (Z) trat für dieselbe Einschränkung ein wie Abg. Emminger. Auch er wünche den Abbau der Todesstrafe, wenn sie auch nicht völlig entbehrt werden könne. Er habe sogar schon darauf aufmerksam gemacht, völlig in das freie richterliche Ermessen zu stellen, ob auch ohne Vorhandensein von Widerungsgründen auf Todesstrafe verzichtet werden könne.

Abg. Dr. Rosenfeld (Soz.)

wies die Vorwürfe des Abg. Alexander gegen die angeblich nicht konsequente Haltung der Sozialdemokratischen Partei zurück. Er erklärte, daß die sozialdemokratische Fraktion

immer und unter allen Umständen, auch im Falle eines Ausnahmezustandes, gegen die Todesstrafe sei.

Eine entsprechende Erklärung habe bereits bei den früheren Beratungen die Abg. Frau Pfaff abgegeben.

Abg. Kahl (D. Sp.) erklärte sich gegen die Todesstrafe für den Fall, daß der Ausschuß beschliesse, daß im Falle einer Bewährung ein wegen Mordes Verurteilter in Sicherungsverwahrung zu überführen sei. Das Gericht solle dann nach Ablauf von drei Jahren prüfen, ob die Entlassung des Verwahrten die öffentliche Sicherheit gefährde.

heute lasse sich die Todesstrafe nicht mehr aufrecht erhalten. Welche Anzahl des Volkes forderten ihre Abschaffung. Auch ein Teil der Jugend. Die Jugend von heute sei aber der Gesetzgeber von morgen.

Eine Anzahl Länder hätten erklärt, bis zur endgültigen Entscheidung des Reichstags solle keine Todesstrafe mehr vollstreckt werden. Wenn nun der Reichstag die Todesstrafe später beibehalte, müßten die bisher nicht vollstreckten Todesurteile nachträglich vollstreckt werden. Das würde aber niemand für möglich halten. Es komme hinzu,

daß der preussische Justizminister nicht nur der Öffentlichkeit, sondern auch dem Redner gegenüber erklärt habe, daß er in Zukunft im Kabinett und im Reichstag gegen die Todesstrafe stimmen werde.

Es sei auch die Gefahr vorhanden, daß das ganze Gesetz scheitere, wenn die Todesstrafe bleibe. Bei der ihm sehr genau bekannten Stimmung der österreichischen Sozialdemokraten sei eine Veränderung der österreichischen Verfassung ausgeschlossen, durch welche die Wiedereinführung der Todesstrafe in Oesterreich herbeigeführt werden könne. Der Wille zur Beseitigung der Todesstrafe habe sich überall erheblich gesteigert. Bei den verschiedenen Aufstellungen der verschiedenen Justizminister habe die öffentliche Meinung keinen sicheren Inhalt mehr. Der erbitterte Kampf werde sich fortsetzen und die beklagenswerte innere Zerissenheit stärken. Man solle diesem Kampf ein Ende machen und die Abschaffung der Todesstrafe beschließen.

Weiterberatung am Freitag.

Reichstagsausschüsse.

Der Volkswirtschaftliche Ausschuß des Reichstags hielt gemeinsam mit dem handelspolitischen Ausschuß am Donnerstag eine Sitzung ab, in der die Anträge und Entschließungen zur Beratung standen, die von den für die zahlreichen landwirtschaftlichen Anträge eingesetzten Unterausschüssen vorgeschlagen worden sind und die sich mit der Lage der Roggenproduzenten, mit den Rentenbankgrundschuldzinsen mit den landwirtschaftlichen Rekonstruktionsarbeiten und mit der Frage der Düngemittelstrahlen beschäftigen. Das Plenum der beiden Ausschüsse stimmte den Vorschlägen der Unterausschüsse zu.

Im Sicherungsausschuß des Reichstags begann die Beratung der von den Regierungsparteien beantragten Novelle zum Brandversicherungsgesetz. Die Vertreter dieser Parteien erklärten sich mit der Vorlage einverstanden, doch machte das Zentrum seine Zustimmung davon abhängig, daß Sicherungen für die kalten Kaminabnehmer geschaffen würden. Die Deutschnationalen erklärten die Vorlage für untragbar, und zwar sowohl im Interesse des Gewerbes und der landwirtschaftlichen Brennerien des Ostens. Die Kommunisten lehnten sie als Klassensteuer überhaupt ab. Die Beratung wird am Freitag fortgesetzt.

WERTHEIM

Leipziger Str. (Versand-Abt.) Königstraße Rosenthaler Str. Moritzplatz

Preise für Freitag u. Sonnabend, soweit Vorrat.
Fleisch, Fische, Geflügel, Obst und Gemüse werden nicht zugesandt.

Zur Frühjahrsplantation
Abt. Frische Blumen
Nur Leipziger Straße

Stiefmütterchen . . . Stück 0.10
Blütenstauden . . . Stück von 0.15 an
Gladiolen Frühlingsbl. 10 Stück 0.55
Gladiolen I in Sorten 10 Stück 0.85
Dahlien viele Farben . . . Stück 0.50
Buschrosen 3 Stück im Bündel 1.25 an
Rankrosen Stück 1.00
Rosen Mittelstamm . . . von 1.75 an
Rosen Hochstamm . . . von 3.50 an
Wilder Wein Stück 0.60
Grassamen Pfund 0.65 0.75
Sämereien 3 Pack 0.40

Balkonkästen mit Spalier u. wild Wein pflanz. 40-120 cm lang, von 3.75 an

Kaffee
Irlich gebrannt, eigene Rösterei Pfid.

Konsum-Misch. 2.40
Haushalt-Misch. 2.60
Sonder-Misch. 3.00
Olympia-Misch. 3.40
Globus-Misch. 3.80

Frisches Fleisch

Rinderkamm u. Brust Pfund 0.80
Querrippe Pfund 0.75 Gulasch Pfund 0.85
Schmorfleisch u. Roastbeef m. Knochen Pfund 1.00
Schmorfleisch ohne Knochen Pfund 1.22
Kalbskamm u. Brust Pfund 0.70
Kalbsnierenbraten Pfund 0.80
Kalbskeule ganz und geteilt . . bis 9 Pfund, Pfund 0.90
Schweinebauch und Rücken, mit Beilage Pfund 1.10
Schweinekamm und Blatt, mit Beilage Pfund 1.15
Schweineschinken Pfund 1.20
Lieser Pfund 0.70 Gehacktes Pfund 0.75
Käbler, Speer u. Kamm Pfund 1.30
Selbst ausgelassener Taig Pfund 0.42

Frische Rinderzungen Pfund 1.20
Kalbsschnitzel Pfund 2.10

Tee
eigene Mischungen

Ceylon II 1.25
Indien 1.55
China 1.70
Ceylon 1.85
Darjeeling 2.00

Haushalt-Artikel

Kernseife Riegel ca. 200 Gramm 0.16
Palmoeseife Riegel ca. 1000 Gr. 1.00
Oberschalseife 2 Stück à ca. 200 Gr. 0.45
Kristall-Schmierseife
Dose ca. 2 Pfid. inkl. 0.80 Eimer, ca. 10 Pfid. exkl. 4.00
Elaipseife Dose 2 Pfid. inkl. 0.90 Eimer, ca. 10 Pfid. exkl. 4.35
Seifenpulver 3 Pack, ca. 1 Pfid. 0.55
Seifenflocken Pfund 0.80
Hoffmann's Stärke Karton 0.28
Blitzblank 3 Pack, ca. 1 Pfund 0.20
Stahlspläne 3 Pack ca. 1/2 Pfid. 0.85
Bohnermasse welf. u. geib ca. 1/2 Pfid. 0.45 0.80 1.50

Wurstwaren

Rotwurst hannov. Pfund 1.00
Dampfwurst Pfund 1.00
Sülzwurst hannov. Pfid. 1.10
Landleberwurst Pfid. 1.20
Fleischwurst Pfund 1.20
Jagdwurst Pfund 1.45
Mettwurst (Braunschweig. Art) Pfund 1.45
Schinkenpolnische 1.60
Filetwurst Pfund 1.60

Zerelat u. Salam holsteinsche, Pfund 1.80
Feine Leberwurst Pfid. 1.80
Pökeffleisch gekocht, Pfid. 1.80
Speck fett, Pfid. 1.15 mager 1.45
Schinkenspeck Pfund 1.95
Kühnleber, Kaszubaier Str., Moritzplatz:
Knoblauchwurst Pfid. 1.20
Bier- u. Teewurst Pfid. 1.70

Käse u. Fette

Camembert vollfett, Schachtel 0.16 0.20 6 Portionen, Schachtel 0.65
Ramatou halbfett Stück 0.20
Holländer halbfett Pfund 0.65 vollfett, Pfund 0.90
Edamer halbfett Pfund 0.65 vollfett, Pfund 0.90
Limburger halbfett Pfund 0.45 0.55 vollfett, Pfund 0.90
Steinbuscher halbfett Pfund 0.60 vollfett, Pfund 1.00
Tilsiter halbfett, ohne Rinde . . Pfund 0.80 vollfett, Pfund 1.18
Schweizer dänischer, dreiviertelfett Pfund 0.88

Vollfetter Schweizerkäse Kaukasischer, Pfund 1.28

Margarine Pfund 0.52 0.58 Tafelbutter I. Pfund 1.80
Kokosfett 1-Pfund-Tafel 0.62 Dänische Butter Pfid. 1.90

Prima Gefrierfleisch

Rinderkamm u. Brust Pfund 0.76
Hammelvorderfleisch Pfund 0.94

Fische — Geflügel

Dorsch ohne Kopf Pfund 0.09
Kabeljau ohne Kopf, ganze Fische, Pfund 0.12 0.22
Filet von Kabeljau Pfund 0.20
Rotzungen 0.25 Schellfische Pfund 0.30
Grüne Heringe feine holländische . . 5 Pfund 0.58
Zander gefroren, mittelgroß Pfund 0.80
Lebende Karpfen Pfund 0.95 an
Lebende Hechte u. Schiele billigst

Tauben große, Stück 0.9 an junge, Stück 1.15 an
Puten gefroren Pfund 1.05 an
Wolgahühner Pfund 1.15 an
Enten gefroren Pfund 1.15 an
Gänse, gefroren, billigst

Frische Eier 10 Stück von 0.75 an

Obst u. Gemüse

Musäpfel Pfund 0.24 Rote Rüben Pfund 0.06
Ital. Feigen Pfund 0.24 Weißkohl Pfund 0.10
Smyrnafeygen Pfund 0.28 Zwiebeln neue Ägypter 0.10
Zitronen Dutzend 0.40 Möhren gewaschen, Pfid. 0.12
Apfelsinen Dutzend 0.60 0.90 1.20 Salat hol. dänischer, 2 große Köpfe 0.35
Apfelsinen Halbblat, Dutz. 0.70 0.95 1.30 Schwarzwurzeln Pfid. 0.35
Ananas frische, Pfund 0.85 Rhabarber stark, Pfund 0.42

Aepfel kalif., Pfund 0.36 0.42 45 Pfid. brutto von 15.50 an

Kolonialwaren

Eier-Schnitt-Nudeln Pfund 0.40 0.54 0.68
Makkaroni Hartgrieß Pfund 0.45 Bruch 0.40
Bassin-Reis Pfund 0.24 Amerikanisch. Reis Pfund 0.30
Bosnische Pflaumen Pfid. 0.32 0.46 ohne Stiele, Pfid. 0.55
Kalifornische Pflaumen Pfund 0.44 0.54
Gemischtes Backobst Pfund 0.40 0.48 0.68
Kalif. Pfirsiche 0.68 0.85 Kalif. Birnen 0.75 0.90
Ringäpfel am. u. kalif. Pfund 0.90 1.10 Aprikosen kalif. 0.92 1.20

Konfitüren

Fruchtbombons gemischt gewickelt, Pfid. 0.90 Gold-Bombons m. Schokolade-Creme, Pfund 0.75 0.20
Waffel-Mischung Pfund 1.20 Dessert-Brezeln Pfid. 1.20

Wein Preise für 1/2 Flasche, ohne Glas

Frankfurter Apfelwein „Rackles Urquell“ . . 0.68
Tarragona Rot süß u. kräftig 1.00
1928 Jugenheimer süßiger Tisch- u. Bowlenwein . . . 1.10
1928 Obermoseler milder Trischmosel 1.25
1926 Niersteiner weniger Rheinhesse } 1.40
1926 San Justo kräftiger, burgunderähnlicher Rotwein }
1927 Ebernburger Götzenfels trischer Platzwein . . 1.70

Theater, Lichtspiele usw.

Freitag, 1. Mai, 4 Staats-Oper Unter d. Linden A-V, 199 20 Uhr
Madame Butterfly
Freitag, 4. Mai, 4 Städt. Oper Bismarckstr. Turnus III 19 1/2 Uhr
Tribadour
Staats-Oper Am Pla. Republik. R-S, 101 20 Uhr
Jphigone auf Tauris
Städt. Schiller-Theater, Charlth. 20 Uhr
Kalkutta, 4. Mai

Winter Garden
8 Uhr - Zentr. 2019 - Residenz erlaubt
Dodge Twins, Bernard & Rich, Haru Onuki und weitere internationale Varieté-Bühnenhaltungen.

8 1/2 Uhr CASINO-THEATER Lotarunter Straße 37.
Nur noch bis 30. April:
„Eine ungeliebte Frau“
Am 1. Mai zum ersten Male:
„Mütter von heute“
Gutschein für 1-4 Personen
Festeintritt nur 1.15 M., Sessel 1.65 M.
Sonstige Preise: Parkett u. Rang 0.80 Mk.

Volksbühne
Theater am Bülowplatz 8 Uhr
Trojaner
Theater am Schillbaurdamm 8 Uhr
Pioniere in Ingolstadt
Thalia-Theater 8 Uhr
Oelrausch
Städt. Schiller-Th. 8 Uhr
Kalkutta, 4. Mai
Staatsober am Platz der Republik 8 Uhr
Iphigone auf Tauris

Deutsches Theater
O. I. Norden 12 310
8 Uhr, Ende nach 10
Paulus unter den Juden
Dramat. Legend. von Franz Werfel
Regie: Karl-Heinz Martin.
Die Komödie
11 Bismck. 2414/7516
8 1/2 U., Ende geg. 10
Wann kommst Du wieder?
Komödie von S. Maugham.
Regie: Gustaf Gründgens
Kammerspiele
O. I. Norden 12 310
8 1/2 U., Ende geg. 10
Jusik
von Oasip Dymow.
Regie: Heinz Hilpert

METROPOL-THEATER
Künstlerische Leitung: Erik Charell
Lustige Witwe
Trude Hesterberg
Oskar Karlweis
Jankuhn, Ellert, Junkermann, Schaeffers.

Gr. SCHAUSPIELHAUS
Künstlerische Leitung: Erik Charell
Der liebe Augustin
Alfred Brun
Mady Christians,
Lieska, Arno, Morgan, Westermeyer, Matzner.

Lessing-Theater
Täglich
„Die Frau des Andorn“

SCALA
8 Uhr B. S. Barbarossa 9256
Nur noch wenige Tage!
GROCK
und das große April-Programm
Sonnabends u. Sonntags je 2 Vorstellungen
8 1/2 und 8 1/2 Uhr - 3^{te} ermäßigte Pr.

RENAISSANCE-THEATER
Hardenbergstr. 8. Tel. S. 2001, 901 u. 2982/94
8 1/2 Uhr. Täglich 8 1/2 Uhr
Eugen Klöpfer in
„Das große ABC“
von Marcel Pagnol.
Reg. Gest. Hartung. In Premierenbesatz.

PLAZA
Am Küstriner Platz
Alex. 0008-08
Täglich 8, 8 1/2 Sonntag 2, 5, 8 1/2
INTERNAT. VARIETÉ
Vorverkauf stets für die laufende Woche inkl. Sonntag

Barnowky-Bühnen
Theater in der Ködigerstraße
Täglich 8 1/2 Uhr
Rivalen
Komödienhaus
Täglich 8 1/2 Uhr
Charleys Tante mit Curt Bött.
Theater am Jollendorplatz
Täglich 8 1/2 Uhr
Revolte im Bräuhäuschen

Barowky-Bühnen
Theater in der Ködigerstraße
Täglich 8 1/2 Uhr
Rivalen
Komödienhaus
Täglich 8 1/2 Uhr
Charleys Tante mit Curt Bött.
Theater am Jollendorplatz
Täglich 8 1/2 Uhr
Revolte im Bräuhäuschen

Lustspielhaus
8 1/2 Uhr
Guido Thielscher
Weekend im Paradies

Reichshallen-Theater
Abt. 11 Uhr. Sonntag Nachm. 3 Uhr
Stettiner Sänger
„Eine möblierte Wohnung zu vermieten“
Nachm. halbe Preise.
Jönhoff-Bräu:
Varieté / Konzert / Tanz.
Ab 1. Mai 1929:
Adolf-Becker-Konzert.

Theat. d. Westens
8 1/2 Uhr
Käte Dorsch,
Kammer-Sopran Ziegler
Friederike
Musik von Lebert
Sonntag 3 1/2 Uhr
Friederike.
Steinplatz 931 u. 7180

Berliner Theater
Direkt. Heinz Herald
Carlothenstraße 96
A. 7. Dönhof 170
7 1/2 Uhr. 7 1/2 Uhr.
Zum 1. Male
Die fünf Frankfurter
von Carl Rössler
Regie: Eugen Robert.

Gesunden Schlaf kräftige Nerven
verschafft bei längerer Kur
Baldorin
W. Z. 342687. Man achte auf den ges. gesch. Namen.
Zu haben in Apotheken und Drogerien. Wo nicht erhältlich, weisen wir Verkaufsstellen nach Otto Stumpf A.-G. Chemnitz.

TOD UND TEUFEL
Schwabenpulver „Martia“ verflüchtigt Schwaben samt Brut restlos. Wirkung verheerend. Spritzdose Mk. 0.70, Originalpackung Mk. 0.75, 1.40, und Mk. 2.50. In Drogerien erhältlich, sonst durch Otto Reichel, Berlin SO, Eisenbahnstr. 4

68400 Kunden
wurden in einem Monat bei uns zur Zufriedenheit bedient.

Kostenlos prüfen wir Augen und Sehkraft mit Sorgfalt.
Jede Brillen- und Kontaktfassung wird von uns individuell angepaßt.
Einzelfertigung
in eigener Fabrik schnell und garantiert zufriedenstellend.

Senden Sie uns Ihre Brille; wir stellen sie Ihnen tadellos und passend durch unseren Eildienst wieder zu.

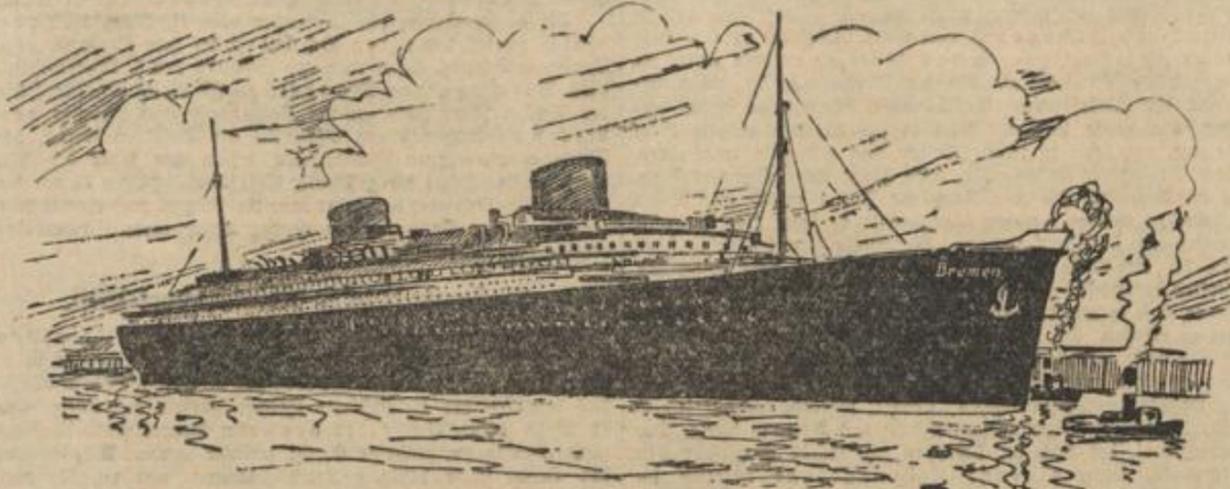
OPTIKER RUHNKE

Größtes Spezialgeschäft für Augengläser

Spezial-Abteilung für Post-Versand
Berlin SW 19

Unsere Fernsprech-Zentrale
A6 Merkur 3163-3166

Das Schiff der Dreitausend.

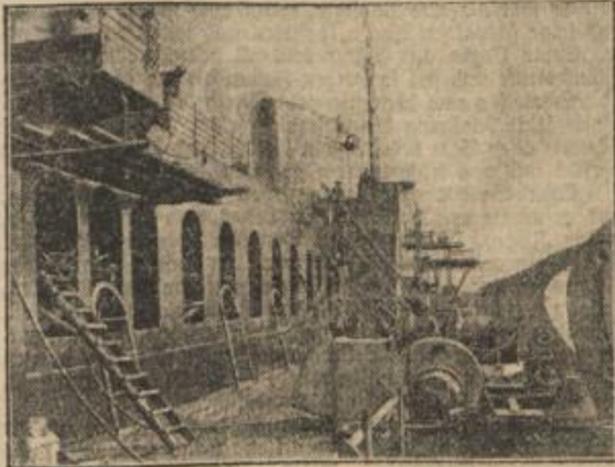


Der 46000-Tonnen-Dampfer „Bremen“.

Der Riesendampfer „Bremen“, dessen Schwesterschiff „Europa“ auf der Werft in Hamburg ein so jähes Unglück erlitt, ruht, noch erfüllt von fieberhafter Arbeit, auf der Werft am Kai seiner Werft, der Weser. A. G. Er beherrscht mit seinen 280 Metern Länge und seinen mächtigen Aufbauten die gesamten Werftanlagen. Selbst die Kräne reichen hier gerade nur aus, um über die Grenzen seiner Keeling die schweren Maschinenteile zu buglieren, die noch des Einbaues harren. Fabelhaft geschlossen wirkt der Koloss in der Einheitslichkeit seiner schönen Formen, nichts Zerstücktes, nichts Zerstückendes. Vom gegenüberliegenden Ufer gesehen, zerfließt das Schiff gewissermaßen in der Länge, nur die Decksaufbauten mit den Kommandobrücken, getrennt von den beiden zyklopenhaften Schornsteinen, halten es sozusagen in der Höhe fest. Diesen Schornsteinen wird in den Beschreibungen mit Vergleichen zu Leibe gegangen. Ein normales Bremer Wohnhaus soll in jedem von den beiden Platz finden können, wobei zu berücksichtigen wäre, daß es in Bremen keine Wolkenträger gibt. Aber die Form dieser Schornsteine ist herrlich. Nach vorn in der Bugrichtung breit und rund, nach hinten, dem Heck zugekehrt, schmaler werdend, in Eispirnenform endend. In der Bewegung muß sich dieses riesenhafte Schiff, wenn es mit seinen 46 000 Tonnen Wasserverdrängung die Wellen durchschneidet, prächtig ausnehmen. Man sieht seinen schwarzen gedehnten Leib auf dem blühenden Dunkelgrün des Meeres; die hellen Decksbauten und die gelben Schornsteine leiten über in das Blau des Himmels, in das Weißgold der Wolken.

Aber vorläufig ist es noch nicht so weit. Tausende von Werttätigen herrschen noch in seinem Leib mit Klopfen, Messen und Zusammenfügen. Das Gewirr der Betriebamkeit regelt sich nach Tausenden von Plänen, die dem Laien unverständlich bleiben werden. Um einen Vergleich heranzuziehen: eine ganze Stadt wird auf bestimmtem begrenztem Raum errichtet. Alles, was dazu gehört, muß von Grund auf neu geschaffen werden. Um das wichtigste heranzuziehen: es muß eine Wasserleitung, eine Kanalisation gelegt werden. Die Leitungen für Warmluft, Warmwasser und vor allem für Elektrizität müssen durch das Labyrinth der Gassen in den zehn Stockwerken dieser schwimmenden Stadt, die 3000 Einwohner über den Ozean trägt, laggemäß geführt werden. Dazu gehört ferner noch, was zur Sicherheit des Schiffes, zu seiner nautischen Tüchtigkeit gehört: die vielhundertfältigen Signale, die automatische Schottenschließung und vieles andere. Gar nicht gerechnet die Maschinen, die den Koloss mit 200 000 Pferdekraften durch den Atlantik reihen sollen. Die Geschwindigkeit, die die vier Dampfmaschinen mit vier Schrauben dem Schiff verleihen, ist zurzeit noch ein Geheimnis. Die Maschinenanlage ist fertig eingebaut; die 20 überheizten Kessel arbeiten schon auf Probe, das Elektrizitätswerk, das in seiner Energieleistung dem der Stadt Heidelberg entspricht, stellt sich bereits auf volle Tourenzahl — es fehlt nur noch die Innenausstattung der Kabinen und großen Aufenthaltsräume. Soweit war auch die „Europa“ in Hamburg, als das Unglück über sie hereinbrach.

Das Schiff ist eingerichtet zur Beförderung von vier verschiedenen Klassen von Passagieren, nämlich einer 1., einer 2., einer Touristen- und einer 3. Klasse. Die 4. Klasse, wie sie vor dem



Auf dem obersten Deck der „Bremen“ wird noch tüchtig gearbeitet.

Kriege in Form von offenen Wohndeckeinrichtungen gefahren wurde, ist heute im nordamerikanischen Passagierverkehr nicht mehr vorhanden; vielmehr werden sämtliche Passagiere in Kabinen untergebracht. In der 1. Klasse werden 600 Passagiere befördert, deren Zahl sich durch eingebauter Bullmanbetten noch bis zu 800 steigern läßt; in der 2. Klasse 500, in der Touristenklasse 300 (letztere läßt sich auf Kosten der 2. Klasse noch bis auf 500 erhöhen); in der 3. Klasse 600 Passagiere, während an Besatzung etwa 950 Personen gefahren werden.

Die Kesselräume des Schiffes sind in zwei weit voneinander entfernte Hauptgruppen zerlegt, was man äußerlich am Schiff auch schon in der außerordentlich weiten Stellung der Schornsteine erkennen kann. Diese Anordnung hat neben gewissen Einrichtungsgrundlagen den Vorteil, daß selbst im Falle einer sehr schweren Kollision im mittleren Teil des Schiffes die eine der beiden Kesselhauptgruppen stets intakt bleiben wird, d. h. also, daß das Schiff in einem solchen Falle seine Fahrt mit eigenem Dampf selbständig mit einer noch ziemlich erheblichen Geschwindigkeit fortsetzen kann. Auch die Hauptmaschinen sind in zwei benachbarten, wasserdicht voneinander getrennten Abteilungen untergebracht, die am Trennungsschott noch mit einer starken Kollisionsrinne versehen sind, so daß selbst im ungünstigsten Falle ein gleichzeitiges Untertwassersehen beider Hauptmaschinenräume nicht zu befürchten sein wird.

Hinter dem Hauptmaschinenraum ist noch ein besonderer Raum zur Aufnahme der Hilfsmaschinen ebenfalls wasserdicht abgeteilt. Da ferner jede der beiden Hauptkesselgruppen in zwei benachbarten wasserdichten Abteilungen untergebracht ist, so ergeben sich im ganzen für die Aufnahme der Maschinen- und Kesselanlage 7 wasserdichte Räume. Der übrige Teil des Unterschiffes wird größtenteils von Räumen zur Aufnahme von Öl als Brennstoff und Frischwasser eingenommen. In dem großen Raum zwischen den beiden Hauptkesselgruppen befinden sich das Schwimmbad nebst zu-

gehörigen medizinischen Bädern und die Turnhalle 1. Klasse, die Frähschen Schlingertants, einige Vorratsräume für Öl sowie noch einige Hilfsmaschinen. Ganz vorn im Schiff sind noch einige Vorräume zur Aufnahme von Automobilen und wertvoller Ladung vorgesehen. Ueber den vorgenannten Räumen ist ein Deck, soweit es nicht von Kessel- und Maschinenräumen eingenommen wird, vorgesehen, das hauptsächlich die Gepäckräume der verschiedenen Klassen sowie Räume zur Beförderung von Post und Proviant enthält.

Die weiteren Decks nach oben enthalten die gesamten Wohnrichtungen usw. für Passagiere und Besatzung. Im Vor- und Hinterschiff sind die beiden nächsten übereinanderliegenden Decks für die Unterbringung von Besatzung vorgesehen, während in der Mitte im unteren der beiden Decks Proviantführeräume, Räume für Maschinenvorräte und dergleichen, in dem darüber liegenden Deck sämtliche Speisefäle der vier verschiedenen Klassen mit zugehörigen Wirtschaftsräumen angeordnet sind. Als ein bemerkenswerter Fortschritt in der Einrichtung der Passagierdampfer muß hier hervorgehoben werden, daß im Gegensatz zu wohl fast allen in der Nordatlantikkahrt beschäftigten Passagierdampfern hier zum erstenmal die gesamte 3. und Touristenklasse oberhalb des Schottendecks und daß ferner ein großer Teil dieser Kabinen im mittleren Schiffsraum untergebracht ist. Auch die 3. Klasse ist in Kammern zu 2, 3 und 4 Passagieren untergebracht; die zu zweien übereinander angeordneten Kojen werden mit gut gefederten Stahlmatten und lauberen Betten ausgestattet und sind mit laktierten Rahogonfronten versehen. Für jeden Kojenstich ist ein Rahogonkleiderschrank eingebaut. Der Fußboden ist mit durchgehendem Linoleum und Haargarnläufern darüber belegt. Jede Kammer ist mit einem bis zwei emollierten Waschbecken mit laufendem kalten und warmen Frischwasser versehen. Spiegel, Borte, Kleiderbänke, Vorhänge vor Betten und Fenstern vervollständigen die Einrichtung der Kammern 3. Klasse. Es bedarf kaum der Erwähnung mehr, daß die Ausstattung der 1. und 2. Klasse jenen Anforderungen entspricht, die der große internationale Reiseverkehr an einen Ozeandampfer stellt. Die Dollarmillionäre und Milliardäre sind eben gewohnt, luxuriös zu reisen und nur mit ihrer Hilfe ist es, wie es heißt, möglich, eine solche Arche Noah auf das Wasser zu bringen. Der deutsche Auswandererverkehr liegt still und so hat man sich der Förderung des Touristenverkehrs zugewandt. Die neue Touristenklasse, die zwischen der 2. und 3. Klasse liegt — vielleicht kommt einmal die Zeit, wo man auch auf Ozeandampfern die ganze Klasseneinteilung über den Hausen werfen kann — erfordert einen Preis von etwa 190 Dollar, also annähernd 800 M., für die Hin- und Rückreise.

Das Riesenschiff soll über eine Geschwindigkeit verfügen, die es ihm gestattet, von Bremen nach New York in sechs Tagen und von den Kanalfähren nach dem gleichen Ziel in fünf Tagen zu fahren. — Seine Indienststellung soll am 16. Juli 1929 auf der Linie Bremen—New York—Bremen (Anlaufhäfen Southampton—Cherbourg) erfolgen. Bis dahin wird noch viel zu tun sein, um die „Bremen“ im Sinne ihrer Erbauer seefertig zu machen.

Explosionsunglück in Nürnberg.

Acht Todesopfer in der Bleistiftfabrik von Staedtler.

Nürnberg, 25. April. (Eigenbericht.)

In der Bleistiftfabrik J. G. Staedtler in Nürnberg hat sich heute nachmittag 3 Uhr eine folgenschwere Explosion ereignet. An einer Maschine in der Spritze brach aus noch unbekannter Ursache Feuer aus. Sechs Frauen, die an diesem Apparat arbeiteten, wurden durch eine ungeheure Stichflamme, die an den dort verwendeten explosiven Stoffen reiche Nahrung fand, sofort getötet. Die Leichen sind bis zur Unkenntlichkeit verkohlt. Eine gewaltige Detonation drückte sämtliche Fensterscheiben des Betriebes heraus. Der große Arbeitsaal, in dem etwa 50 Frauen beschäftigt sind, stand im Augenblick in Flammen. Keiner gelang es mehreren in dem Raum beschäftigten Arbeitern und Arbeiterinnen nicht mehr, den Ausgang ins Freie zu gewinnen. Nach den bisherigen Feststellungen sind weitere zwölf Personen schwer verletzt; genaue Feststellungen über die Zahl der Verletzten liegen bis jetzt nicht vor.

Von amtlicher Stelle werden zu dem Explosionsunglück sechs Tote und acht teils schwer, teils leicht Verletzte gemeldet. Es ist jedoch zu befürchten, daß sich diese Angaben noch ändern werden. Infolge der strengen Abwehrmaßnahmen ist es schwer, Einzelheiten über das Unglück zu erlangen, auch über die Ursache der Explosion steht noch nichts fest, da die Firma jede Auskunft verweigert. Das dritte Stockwerk, soweit es der Fabrikation dient, ist ausgedehnt. Die Belegschaft des Stockwerks, meist Frauen, konnte nur mit Mühe das Freie erreichen.

Ueber das Explosionsunglück in der Mars-Bleistiftfabrik wird weiter gemeldet: Infolge der Rauchentwicklung und des panikartigen Schreckens fanden die im Arbeitsaal eingeschlossenen nur schwer den Ausgang, worauf die hohe Zahl der Toten und Verletzten zurückzuführen ist. Die Toten sind bis zur Unkenntlichkeit verkohlt. Vor der Fabrik hat sich eine große Menschenmenge angeammelt. Die Angehörigen der noch Vermissten warten in tiefer Besorgnis auf Nachrichten über das Schicksal der Ihrigen. Die schwer Verletzten und ein Teil der leichter Verletzten wurden ins städtische Krankenhaus gebracht. Einige Leichtverletzte sind bereits in ihre Wohnungen entlassen worden. Die Feuerwehr konnte um 1/2 Uhr die Brandstätte verlassen. Von den ins Krankenhaus eingelieferten Schwerverbrannten ist inzwischen einer gestorben, so daß die Gesamtzahl der Toten nunmehr acht, die der Verletzten neun beträgt.

An der Unglücksstätte

spielten sich furchtbare Szenen ab. Kurz nach erfolgter Explosion sprang ein Mädchen in Flammen gehüllt vom dritten Stockwerk in den Hofraum und wurde als erste in das Krankenhaus gebracht. Einige Stunden nach Bekanntwerden des gräßlichen Unglücks strömten Tausende geängstigter Angehöriger und Neugieriger an die Stätte des Grauens. Männer und Mütter, Schwestern und Brüder wollten händeringend Angaben über das Befinden ihrer Angehörigen geradezu erzwingen, obwohl um diese Zeit noch

niedrig in der Lage war festzustellen, wer alles in dem Unglücksraum beschäftigt gewesen und wer tot oder verletzt war. Ergreifende Szenen sah man im Krankenhaus, wo ebenfalls Angehörige von Verletzten Auskunft über das Befinden ihrer Töchter oder Schwestern erhalten wollten. Die Fabrik selbst bietet in ihrem zerstörten Frägel einen wüsten Anblick. Sämtliche Fenster sind entweder geschmolzen oder zertrümmert. Die Straße ist mit Holzstücken, Dachziegeln, Eisenstangen usw. überfüllt. Hunderte von Schutzleuten halten Ordnung, da die Schor der Reugierigen sich zu Tausenden um die Unglücksstätte drängt. Ein Untersuchungsausschuß ist bereits an Ort und Stelle. Er wird vor allem festzustellen haben, welches die Ursachen der grauenhaften Explosion waren. Ueber die Namen der Todesopfer konnte man bis jetzt noch nichts erfahren.

Die geraubten Tresorschätze.

Die Distontogesellschaft vergleicht sich mit Geschädigten.

Die Distontogesellschaft hat jetzt ihren ursprünglichen Standpunkt, den betroffenen Seseinhabern jede Entschädigung für die bei dem Tresoreinbruch am Wittenbergplatz geraubten Wertgegenstände abzuschlagen, aufgeben müssen. Im Verhandlungsweg mit dem Rechtsbeistand einer Reihe von Geschädigten hat sich die Distontogesellschaft in mehreren Fällen mit einem Vergleich einverstanden erklärt, demzufolge eine Entschädigung von 60 Proz. des erlittenen Schadens, der genau durch Belege nachgewiesen werden mußte, zu zahlen.

Es sind bereits etwa 10 000 M. für diese Zwecke zur Auszahlung gelangt, und die Empfänger haben allerdings eine Erklärung unterschreiben müssen, in der sie sich verpflichten, die erhaltene Entschädigung wieder zurückzahlen, falls die gestohlenen Gegenstände doch später wieder aufgefunden und ihnen zurückerstattet werden können. Ein Teil der Geschädigten jedoch hat sich mit dem 60prozentigen

Ihr tägliches Getränk

soll anregen, aber nicht aufregen, soll wohlschmeckend, aber nicht schädlich sein. Kaffee Hag, der coffeinfreie Bohnenkaffee erfüllt alle diese Forderungen. Ihr tägliches Getränk sollte daher Kaffee Hag sein. Geschmack und Aroma sind hervorragend. Ihr Wohlbefinden wird beweisen, wie gut Ihnen Kaffee Hag bekommt.

Ausgleich nicht zufriedengegeben und hat in Höhe des ganzen Schadens Schadenersatzprozesse angestrengt. Einer dieser Prozesse, der sich zunächst einmal auf 1500 M. beschränkt, schwebt derzeit vor der 5. Zivilkammer des Landgerichts I und hier soll verurteilt werden, eine prinzipielle Entscheidung über die Streitfrage zu erzielen, ob die Diskontogesellschaft in vollem Umfang Schadensersatzpflichtig ist. Interessant ist, daß das Gericht bereits einen Beweisbefehl in der Richtung gefaßt hat, daß der Diskontogesellschaft auszugeben ist, den Nachweis darüber zu führen, welche besonderen Sicherungen sie für die Bewahrung der Sates getroffen hat. Die Diskontogesellschaft stellt sich in diesen Prozessen auf den Standpunkt, daß ihrerseits alles nur Menschenmögliche zur Sicherung der Treuers getan worden ist und der sensationelle Bankseinbruch gewissermaßen außerhalb jeder Voraufricht liegend, als höhere Gewalt angesehen werden müsse. Das Gericht will feststellen, ob die Sicherungsmaßnahmen der Diskontogesellschaft wirklich den modernsten Erfordernissen der Sicherheitstechnik entsprechen haben und die Bank ihre Pflicht in dieser Richtung vollkommen erfüllt hat. Die Entscheidung des Gerichts ist Anfang des nächsten Monats zu erwarten.

Die Tragödie einer Jugend.

Wüste Szenen auf dem Friedhof in Weihensee.

Bei der Beerdigung der 16jährigen Jemgard Schulz, die sich, wie wir berichteten, aus einem im dritten Stockwerk gelegenen Fenster auf die Straße stürzte, kam es auf dem städtischen Friedhof in Weihensee zu einer Prügelei. Hausbewohner beschuldigten die Pflegemutter, Frau Hoffmann, das Mädchen durch schlechte Behandlung in den Tod getrieben zu haben. Es ist zu wünschen, daß durch eine amtliche Untersuchung der Tatbestand klargestellt wird.

Freudlos ist die Umgebung, in der das unglückliche Mädchen aufwuchs. Ein Haus in einem fast ländlich anmutenden Teil Weihensees, halb dem Verfall nahe, mit ausgetretenen Stiegen, schmalen Fenstern. Vor der Tür ein hölzernes Kopfkissenpolster. Wenn man aus dem Fenster blickt, durch das sich das Mädchen gestürzt hat, sieht man unten vor dem Rebenhaufe graue Grabmäler stehen, die hier gemeißelt werden. Weiter hinten ein Kirchhof mit zahllosen Gräbern. Wie oft mag die Arme hier gestanden haben mit dem starren Blick auf die todesfündende Umgebung! Was heimlich die beneidet haben, die da ohne Sorge ruhen können! Und der Wunsch wird in ihr entstanden sein, selber dort für ewig schlafen zu können und nicht mehr fürchten zu müssen, daß raue Hände sie wecken...

Sie hungerte nach Liebe. Die Pflegemutter war streng. Vielleicht war sie im Grunde gar nicht schlecht, nur abgearbeitet und gehetzt. Der Mann, Artist, ist meist im Ausland. Verwandte hatte Jemgard nicht. Sie sprach immer von einem Vater, der noch leben sollte. Sie sehnte sich nach ihm, aber er kümmerte sich nicht um sie. Als sie der Schule entwachsen war, arbeitete sie in einem fort, um der Pflegemutter ihr Los zu erleichtern; hoffte auf Dank und Anerkennung, aber nichts dergleichen wurde ihr zuteil. Kein freundliches, aufmunterndes Wort bekam sie zu hören. Selten durfte sie an Freuden Gleichaltriger teilnehmen. Sie wurde schwermütig, ging immer bedrückt umher und lächelte nie. Müde kam die Unglückliche von der Arbeit nach Hause. Statt eines liebevollen, gültigen Zuspruchs bekam sie Schläge auf offener Straße. Da stürzte sie atemlos nach oben, und einen Augenblick später lag ihr Körper zerstückelt auf dem Pflaster.

Der Schuß im Volksbad aufgeklärt.

Wie wir berichtet hatten, war in einer Zelle des Schwimmbades in der Krümme Straße in Charlottenburg ein junges Mädchen mit einer Schußwunde aufgefunden worden. In der ersten allgemeinen Vermutung war das Gerücht ausgebreitet, daß ein junger Mann namens S. seine Bekannte, die siebzehn Jahre alte Gerda Scholz aus der Finowstraße, erschossen habe. Das junge Mädchen wurde nach dem Krankenhaus Westend gebracht, wo sich die Verletzung als nicht so gefährlich, wie man angenommen hatte, darstellte. Gerda S. konnte nach der Nacht von der Kriminalpolizei kurz verhört werden. Sie gab an, daß sie ohne Wissen des S., als dieser sich im Wasser befand, mit seiner Waffe gespielt habe. Dabei sei der

Drei Opfer des Aprilsturms.

Das Bootsunglück auf dem Müggelsee. — Eine Frau vom Gerüst erschlagen.

Zu dem schweren Bootsunglück auf dem Müggelsee, das zwei Todesopfer forderte, haben die näheren Feststellungen noch das Folgende ergeben:

Fünf Schüler, alle Unterprimaner der 5. Oberrealschule, hatten für gestern vormittag eine Fahrt mit einem „Bierer“ nach Rahnsdorf vereinbart. Obgleich es sehr böig war und sogar die Spree Schaumfäme aufwühlte, traten die jungen Leute die Fahrt an. An der Mündung in den Müggelsee schlugen den Bootsfahrern über einhalb Meter hohe Wellen entgegen. Der große See war stark aufgewühlt, kein anderes Boot war weit und breit zu sehen. Anstatt nun rechtzeitig umzukehren, fuhren die Schüler weiter. Eine hohe Welle schlug über das Boot, das im Augenblick bis zum Rand mit Wasser gefüllt war. Man versuchte zu wenden, es war aber bereits zu spät. Das Ruderer mißlang, und das Boot kenterte. Die jungen Leute, ohnehin schon durch die körperliche Anstrengung beim Rudern stark geschwächt, kämpften verzweifelt um ihr Leben. Der Wellenschlag war so ungeheuer, daß es nur drei von ihnen gelang, das klobige treibende Boot zu verlassen. Die beiden anderen Klassenkameraden hielten sich fast eine halbe Stunde durch Schwimmen an der Oberfläche, bis sie völlig erschöpft nacheinander versanken. — Das Unglück war von dem Besitzer des „Seehäschchen“ bemerkt worden, der auf seinem Fahrrad sofort zur Rettungsstation fuhr und Alarm schlug. Das Rettungsboot, das noch im Schuppen lag, wurde in größter Eile kargemacht. Unter eigener Lebensgefahr ruderten die tapferen Männer zur Unglücksstätte, die etwa 600 bis 700 Meter vom Freibad entfernt lag. Unter größten Schwierigkeiten konnten die drei Ueberlebenden, die völlig ermattet und erstarrt waren und jeden Augenblick zu versinken drohten, gerettet werden. Einer von ihnen, der 18jährige Gerhart Koch aus der Jorndorfer Straße 58 mußte in bedenklichem Zustande ins Köpenicker Krankenhaus gebracht werden. Die Leichen der Ertrunkenen, es sind dies die 17jährigen Schüler Werner Konrad aus der Elsser Straße 110

und Egon Borchardt aus der Chausseestraße, konnten noch nicht geborgen werden. Der Reichswasserfchuh mußte die Suche wegen des Sturmes schon nach kurzer Zeit aufgeben.

Zu dem tragischen Bootsunglück auf dem Müggelsee teilte der Schülerruderverband Niederschöneweide C. B. mit:

Die Ruderordnung des Verbandes vom 11. März 1929 verbietet ausdrücklich allen Schülern der dem Verbande angeschlossenen Schulen, damit auch den Schülern der 5. Oberrealschule, das Befahren der Müggel; es sei denn, daß der Leiter des Schülerrudervereins an der Fahrt teilnimmt. Ferner verbietet die Ruderordnung allgemein das Befahren weiter, dem Winde preisgegebenen Wasserflächen sofern nur einer der Mitfahrenden die Fahrt für gefährlich hält. Den Schülern ist vor Antritt der Unglücksfahrt die Fahrt über die Müggel noch einmal durch einen auf dem Bootsplatz anwesenden Leiter eines Schülerrudervereins verboten worden.

Einsturzunglück in Reinickendorf.

Auf dem Grundstück Berliner Straße 35 in Reinickendorf, West ereignete sich gestern nachmittag ein schweres Einsturzunglück, dessen Ursache ebenfalls der heftige Sturm war. — Auf dem Hof des Grundstückes werden zurzeit an einem etwa 12 Meter hohen Fabrikschornstein Reparaturarbeiten ausgeführt, wozu ein größeres Gerüst errichtet wurde. Plötzlich brach das Gerüst unter heftigem Knack zusammen und riß die obere Hälfte des Schornsteines mit in die Tiefe. Die Holz- und Steinmassen durchschlugen das Dach eines einstöckigen Fabrikgebäudes, in dem sich eine Kohlenanzünderfabrik befindet. Eine Arbeiterin, die 33jährige Anna Banduhn aus der Amsterdamer Straße 24, die in dem Raum beschäftigt war, wurde von den niederstürzenden Trümmern verschüttet. Die Feuerwehr konnte die Unglückliche nur noch als Leiche bergen. Die Aufräumungsarbeiten dauerten mehrere Stunden.

Heimatabend Cupen-Malmedy.

Es sind jetzt zehn Jahre her, daß Cupen-Malmedy, wo 1 Verhältnisse ähnlich wie in Elb-Bohningen liegen, dem Königreich Belgien einverleibt wurde. Aus diesem Anlaß veranstaltete die Ortsgruppe Berlin der Vereinigten Landsmannschaften Cupen-Malmedy-Monachau einen Heimatabend. Die Vereinigten Landsmannschaften haben es sich zur Aufgabe gemacht, deutsche Sprache und Kultur in den abgetrennten Gebieten und deren Verbindung mit dem Reich aufrechtzuerhalten. Ungezählt von Belangsvorträgen des Rheinischen Männergesangsvereins hielten die beiden Vorsitzenden R. Remisen und B. Brück Ansprachen, in denen sie den Spruch des Völkerbundes, nach dem Cupen-Malmedy an Belgien abgetrennt werden mußte, als Fehlurteil und die damalige Abstimmung als Nichtbeachtung des Selbstbestimmungsrechtes bezeichneten. Die Abstimmung geschah seinerzeit durch Eintragung in öffentlichen Listen und unter dem Druck der belgischen Besatzung. Die Landsmannschaften kämpfen für den Wiederanschluß des überwiegend deutsch besiedelten und deutsch denkenden Cupen-Malmedy an Deutschland und fordern eine nachmalige Abstimmung, die aber geheim vor sich gehen und jedweden Druck ausschließen soll.

Selbstmord eines Professors.

Auf schreckliche Weise beging gestern nachmittag der 72jährige Professor Dr. Rudolf Kuhner in seiner Wohnung Reuensdorfer Str. 103 in Spandau Selbstmord. Während der Abwesenheit seiner Wittschafterin schloß sich der Greis mit einem Jagdgewehr eine Schrotladung in die Brust. Der Schuß war aber nicht gleich tödlich, und der Schwerverletzte griff zum Strick. In der Türangel seines Arbeitszimmers erhängte er sich, wo er von seiner Wittschafterin, die nur eine kurze Beforgung in der Nachbarschaft gemacht hatte, tot entdeckt wurde. Der alte Gelehrte hatte erst vor wenigen Tagen Bekannten gegenüber Selbstmordabsichten geäußert, die aber nicht ernst genommen wurden.

Schuß losgegangen und habe sie getroffen. Den jungen Mann treffe keine Schuld. Aus Grund dieser Feststellungen wurde er denn auch sofort wieder entlassen. Er wird sich aber verantworten müssen, warum er eine geladene Waffe mit in die Badeanstalt nahm und sie dort jedem zugänglich liegen ließ.

Zeppelin in Friedrichshafen gelandet.

Nach 57 stündiger Fahrt.

Friedrichshafen, 25. April.

Das Luftschiff „Graf Zeppelin“ ist um 22,24 Uhr nach 57stündiger Fahrt wohlbehalten gelandet. Zum erstenmal hat das Luftschiff trotz seiner großen Dimensionen auf dem kleinen Landesfeld des Luftschiffbores eine Nachtlandung unternommen. Man kann sagen, daß die Schwierigkeiten kaum größer waren als bei Tage. Es hat sich dabei aber gezeigt, von welcher Bedeutung eine gut geschulte Holtemannschaft ist. Die Fahrtzeit selbst ist ausgezeichnet verlaufen, die Passagiere, die das Schiff sofort nach der Landung verließen, äußerten sich sehr befriedigt über ihre Eindrücke. Vor allem wurde von den Passagieren zum Ausdruck gebracht, mit welcher Sicherheit das Luftschiff sich in gegenströmenden Windrichtungen bewegte.

Unser Pariser Berichterstatter drahtet uns: Die „Action française“ richtet wegen der Fahrt des deutschen Luftschiffes über Frankreich einen heftigen Angriff gegen die Regierung. Sie gestatte, daß „Graf Zeppelin“ offen Spionage betriebe. Das Luftschiff habe, augencheinlich zu Erkundungszwecken, die Rüstungsfabriken von Schmieder in Creuzot in sehr niedriger Höhe und mit größter Langsamkeit überflogen. Nächstens werde man noch zusehen müssen, schreibt das Blatt entrüstet, wie Dr. Caener die französischen Manöver im Film aufnehmen!

hertreiben; er wäre sonst am Wege siegengeblieben, oder hätte seinen Teil der Post im Stich gelassen.

In Sektirk wurde das alte Hundegespann, das jetzt frisch und in guter Verfassung war, vor einen anderen Schlitten gespannt, und nach derselbe Tag sah Daylight, als wäre es die natürlichste Sache von der Welt, abwechselnd mit dem Be-Barge-Indianer, der sich schon auf der Hinreise angeboten hatte, am Steuer. Daylight war jetzt zwei Tage hinter seiner Berechnung zurück, und Schneefälle und ungebahnte Wege hinderten ihn, die beiden Tage bis Forty Mile einzuholen. Aber hier kam ihm das Wetter zu Hilfe. Eine lang anhaltende starke Kälteperiode schien im Anmarsch zu sein. Er rechnete bestimmt mit ihr und verminderte den Proviant für Hunde und Menschen. Die Männer in Forty Mile schüttelten warnend die Köpfe und fragten, was er tun wollte, wenn das Schneegestöber anhielte.

„Die Kälte kommt sicher,“ lachte er und zog getrost weiter. Der Schlittenerverkehr zwischen Forty Mile und Circle City war diesen Winter schon lebhaft gewesen und daher der Weg gut gebahnt. Und die Kälte kam und hielt an, und bis Circle City waren es nur zweihundert Meilen. Der Be-Barge-Indianer war ein junger Mann voller Stolz und Zuversicht. Freudig hielt er mit Daylight Schritt und träumte sogar in der ersten Zeit davon, den Weißen auszustechen. Die ersten hundert Meilen wartete er darauf, Zeichen von Müdigkeit bei Daylight zu sehen, und wunderte sich, als sie ausblieben. Während der zweiten hundert Meilen wurde er selbst müde, aber er biß die Zähne zusammen und hielt aus. Und immer weiter ging es — bald war Daylight am Steuer, bald ruhte er sich auf dem dahinfliegenden Schlitten aus. Am letzten Tage, der klarer und kälter war als je, hatten sie glänzende Bahn und legten siebzehn Meilen zurück. Es war zehn Uhr abends, als sie den Abhang hinauffuhren und durch die Hauptstraße von Circle City flogen, und der junge Indianer, obwohl er an der Reihe war, sich auszuruhen, sprang ab und lief hinter dem Schlitten her. Es war ehrliche Praxerei, und verzweifelt gegen seine Schwäche ankämpfend, rannte er jetzt, was das Zeug hielt.

Eine große Gesellschaft füllte das Tivoli — die alte Gesellschaft, die Daylight vor zwei Monaten hatte abfahren sehen. Denn es war der Abend des sechzigsten Tages, und die Meinungen, ob Daylight sein Wort einlösen würde, waren geteilt wie je. Noch um zehn Uhr wurden Wetten eingegangen. Obwohl die Einsätze gegen ihn bei jeder Wette stiegen, und obwohl die Sunstrom im Innern überhand war, daß sein Unternehmen mißglückt sei, wettete sie doch zwanzig

gegen vierzig Unzen mit Charley Bates, daß Daylight vor Mitternacht eintreffen würde.

Sie war die erste, die das Bellen der Hunde hörte.

„Da ist er!“ rief sie. „Daylight.“

Alles strömte an die Tür, als aber die Korten weit aufgerissen wurden, zog sich die Menge schleunigst zurück. Frohes Hundegebell erscholl, das Klatschen einer Heppelstiege und Daylights Stimme, die die müden Tiere anfeuernte. Sie kamen hereingelaufen, und mit ihnen die Kälte als sichtbarer weißer Dampf, über den Köpfe und Rücken emporragend, so daß es ausfah, als schwämmen sie in einem Flusse. Hinter ihnen steuerte Daylight seinen Schlitten herein, bis an die Knie in dem wogenden Frost stehend, in dem er zu waten schien.

Es war der alte Daylight, wenn auch mager und müde, und seine schwarzen Augen sprühten und funkelten heller als je. Seine Parka aus Baumwollwolle bedeckte ihn wie eine Wächstutze und fiel in langen Falten bis auf die Knie herab. Schweißig und schmutzig vom Rauch der Lagerfeuer, erzählte seine Kleidung die Geschichte seiner Fahrt. Ein zwei Monate alter Bart bedeckte sein Gesicht, und dieser Bart war verfilzt und von seinem Atem gefroren.

Sein Eintritt war wirkungsvoll wie ein Melodrama, und er wußte es. Das war sein Leben, und er genoß es in vollen Zügen. Unter seinen Genossen war er ein großer Mann, ein arktischer Held. Er war stolz darauf, und es war ein großer Augenblick für ihn, wie er jetzt von einer Schlittenreise von zweitausend Meilen mit Hund, Schlitten, Post, Indianer und allem, was sonst dazu gehörte, zurückkehrte. Er hatte wieder eine Leistung vollbracht, die den ganzen Yukon von ihm reden lassen würde — er, Burning Daylight, der König der Reisenden und Hundeführer.

Ein Schauer der Ueberraschung überrieselte ihn als die Willkommenrufe in seinen Ohren klangen und seine Blicke alle die bekannten Gegenstände trafen — den langen Schanktisch mit der Reihe von Flaschen, die Soleis, den großen Ofen, den Wäner an der Goldwage, die Musikanten, die Jungfrau, Celia und Neeli, Dan MacDonald, Bettles, Billy Rawlins, Dick Henderson, Doc Watson — sie alle. — Alles war, wie er es verlassen hatte, es hätte gut die Stunde seines Aufbruchs sein können. Die sechzig Tage Schlittenreise durch die weiße Wildnis schrumpften ein wenig in einem Fernsah und hatten nicht eine Stunde gedauert. Sie waren ein Augenblick, ein Zufall. Durch die Mauer des Schweigens war er hinausgestürzt, und durch die Mauer des Schweigens war er scheinbar nur einen Augenblick später wieder zurückgekommen und stand nun mitten im Trubel vom Tivoli.

(Fortsetzung folgt.)

Jack London:

16] Lockruf des Goldes

(Beredigte Uebersetzung von Ermin Magnus).

Doch am Fifty Mile erlitten sie einen Unfall. Beim Ueberschreiten einer Eisbrücke brachen die Hunde ein und wurden unter dem Eis vom Strom fortgerissen. Die Stränge, die das übrige Gespann mit dem letzten Hunde verbunden, rissen, und sie sahen sie nicht wieder. Ihnen blieb nur ein einziger Hund, und Daylight mußte sich selbst und den Indianer vor den Schlitten spannen. Aber bei solcher Arbeit kann ein Mann nicht einen Hund ersehen, und hier sollten zwei Männer die Arbeit von fünf hunden leisten. Nach der ersten Stunde entlastete Daylight den Schlitten. Hundefutter, das Reiserdebel und alles Ueberflüssige wurden fortgeworfen. Infolge der Ueberanstrengung zerriff sich der Hund am nächsten Tage eine Sehne und wurde völlig unbrauchbar. Daylight erschloß ihn und ließ den Schlitten zurück. Auf seinen Rücken lud er hundertfünfzig Pfund Post und Proviant, und auf den des Indianers hundertfünfzig Pfund. Rückwärts wurde alles Ueberflüssige wegwerfen. Der Indianer war entsetzt, als er sah, wie Daylight jedes Pfund wertvoller Postlasten sorgfältig aufbewahrte, während, Bohnen, Tassen, Eimer, Teller und alle Reiserdebel über Bord gingen. Sie behielten nur einen Schlaflack für jeden, ein Beil, einen Blecheimer und eine ganz kleine Ration von Speck und Mehl. Den Speck konnten sie roh essen, und wenn das Mehl in heißem Wasser verrührt wurde, gab es immerhin eine kräftige Mahlzeit. Sogar die Flinten und der letzte Munitionsvorrat wurden zurückgelassen. Und so legten sie die zweihundert Meilen bis Sektirk zurück. Daylight wanderte früh und spät, und die Stunden, die früher zum Aufschlagen des Lagers und zur Fütterung der Hunde verwendet worden waren, wurden nun zum Marschieren gebraucht. Nachts krochen sie, in ihre Schlaflack gehüllt, an einem kleinen Lagerfeuer zu schlafen, tranken Mehlsuppe und spießten Speck auf kleine Holzstäbchen und tauten ihn auf; und in der Finsternis des Morgens erhoben sie sich, luden wortlos ihre Lasten auf den Rücken, rückten die Riemen zurecht und zogen weiter. Die letzten Meilen vor Sektirk mußte Daylight den Indianer, ein höhlwanges, hageres Geipensf vor sich

Kommunistische „Vorfeier“ des 1. Mai.

Geschimpf über die Sozialdemokratie zur Freude der Bürgerlichen.

Was ist den Kommunisten der 1. Mai? Eine Gelegenheit mehr, die Sozialdemokratie anzukratzen! So möchten sie den 1. Mai „feiern“ — und so war die „Vorfeier“, die sie in der Stadtverordnetenversammlung gestern veranstalteten. Ihre Anträge wegen des Umzügeverbotes der Polizei und wegen der Märsche für die Arbeiter der Stadt mußten den Vorwand liefern, über die Sozialdemokratie die übliche Flut von Schmähsungen auszuschütten. Die Bürgerlichen, besonders die Deutschnationalen, wickelten vor Vergnügen. Warum die sozialdemokratische Fraktion den kommunistischen Anträgen nicht zustimmte, legte unser Genosse Gebert dar. Die Anträge wurden abgelehnt.

Aus der Zeit des Streiks und der Absperrung der Hüttenarbeiter in Hennigsdorf stammte ein Antrag der Kommunisten, der nichts mehr und nichts weniger bedeutete, als daß in Zukunft

Streiks mit staatlicher Unterstützung

von den kommunistischen „Streikkomitees“ geführt werden sollen. Dem Hennigsdorfer Komitee sollten nach dem Antrag 100 000 M. aus Mitteln der Stadt als „erste Rate“ überwiesen und den Streikenden und Absperrten staatliche Unterstützungen verschafft werden. Selbstverständlich schimpfte der Redner der kommunistischen Fraktion in seiner Begründung nur auf die Sozialdemokraten, denen er einen ganzen Wortschatz von Schimpfwörtern an den Kopf schmeuerte. Genosse Ulrich, der Bevollmächtigte des Metallarbeiterverbandes und sozialdemokratische Stadtverordnete, war nach dieser Rede ein Scharfmacher, der den Streikbruch organisierte, der Präsident des Landesarbeitsamts Brühl verfasste Schanddokumente, der sozialdemokratische Gemeindevorsteher von Hennigsdorf schloß die Hüttenarbeiter von den Unterstützungen aus — auf Grund gesetzlicher Bestimmungen. Schließlich erklärte der Redner mit dankenswerter Offenheit, daß es seinen kommunistischen Parteifreunden gar nicht auf die Annahme des Antrags ankomme. Ihnen sei die Entscheidung der Sozialdemokraten, die in Gemeinschaft mit den anderen Parteien den Antrag ablehnen würden, mehr wert. (Lebhafte Heiterkeit und Aufsehe!) Unsere Genossen versicherten darauf, den Kommunisten zu antworten, — Der Antrag wurde abgelehnt.

Bei einem Brand in Stolau kam vor einigen Wochen ein Feuerwehrmann in der Erfüllung seines schweren Berufs ums Leben. Die Kommunisten nahmen das zum Anlaß, strengste Unterstützung und Feststellung des verantwortlichen Beamten zu fordern. Nachdem Stadtrat Genosse Ahrens, der Dezernent für das Feuerlöschwesen, eine Darstellung des Brandes und des Vorganges beim Unglück gegeben und den leitenden Beamten wegen der Anschuldbildungen des Kommunisten Gehlmann in Schutz genommen hatte, stellte Genosse Kasper fest, daß die Rede Gehlmanns ohne Beschimpfungen der Sozialdemokratie vorübergegangen sei! Genosse Kasper meinte, es käme weniger darauf an, wer Schuld sei, sondern was Schuld war. Unser Redner wie auch der Demokrat Hausberg verteidigten die Feuerwehrleute gegen kommunistische Verurteilungen. Gehlmann fand dann im Schwurwort doch noch einen Anlaß, im Zusammenhang mit dem Brandunfall die Sozialdemokratie anzugreifen. Genosse Kasper hatte also zu früh gejubelt. — Der Antrag wurde abgelehnt. — Um 7 Uhr wurden die in der Dienstaufsicht vertagten Abstimmungen vorgenommen. Dem Wunsch des Röntgeninstituts im städtischen Krankenhaus Friedrichshain wurde einstimmig zugestimmt, ebenso wurde der sozialdemokratische Antrag wegen der Besteuerung der „Toten Hand“ angenommen. Die Ueberweisung des kommunistischen Antrags wegen der Umbenennung der Lichtensteinbrücke und -straße nach Liebnitz und Luxemburg in den Straßenumbenennungsausschuß stimmten selbst die Antragsteller nicht zu; der Antrag selbst wie auch die geforderte Errichtung eines Denkmals für die Geminneten verfielen der Ablehnung.

Vor fast leerem Hause schimpfte dann der Kommunist Roth bei einem Antrag seiner Fraktion wegen der

Märsche

der städtischen Arbeiter, Angestellten und Beamten laut und heftig auf — die Sozialdemokratie. Jede Rede von Kommunisten richtet sich ausschließlich gegen unsere Partei, so daß es unmöglich ist, darüber zu berichten. Je mehr sich dabei die Deutschnationalen amüßigen, desto mehr überstürzten sich die Redner. — Verbunden mit dem Antrag war ein kommunistischer Antrag wegen Aufhebung des Demonstrationsverbots. Genosse Gebert zeigte die Ursachen auf, die zum Erlaß des Demonstrationsverbots führten, die Ausbreitungen des Rombdiums von rechts und links seien schuld daran. In bezug auf die Märscheanträge stellte Genosse Gebert fest, daß das, was die Kommunisten den Gewerkschaften vorwerfen, von den kommunistisch geleiteten Ortsverwaltungen der Schuhmacher und der Zimmerer ebenfalls gemacht wird: Auch diese beiden Gewerkschaften demonstrieren mit den Kommunisten Hölz und Rep-

schläger an der Spitze — in Sälen. Große und größte Betriebe haben sich dafür entschieden, die Märsche nach den Beschlüssen der Gewerkschaften durchzuführen, demgegenüber haben sich die „Niesenerparlamenten“ der Kommunisten in allen Fällen als grenzenloser Schwindel entpuppt.

Auf jeden Fall werden die Sozialdemokraten für die Beschlüsse der Gewerkschaften einstreten

und ihre Anhänger und die Gewerkschaftsmitglieder zur strikten Innehaltung dieser Beschlüsse anhalten. Ob die Kommunisten Anträge zur Märsche stellen oder nicht, ist uns Sozialdemokraten gleichgültig; wir lehnen die Anträge ab. (Bravo! bei den Soz.) Stadtr. Roth (Komm.) hatte das letzte Wort, das er laut und kräftig gegen die Sozialdemokraten führte. Aus seiner Schreierei war zu entnehmen, daß die Kommunisten gewillt sind, die Angelegenheit so darzustellen, als seien die Sozialdemokraten überhaupt gegen die Märsche. — Schließlich lief dann noch ein Zusatzantrag der Kommunisten ein, der vom Magistrat das Hissen einer roten Fahne auf dem Rathausurm verlangte. Alle Anträge wurden gegen die Stimmen der Antragsteller abgelehnt.

Zu einer längeren Erörterung führte noch die Angelegenheit der Siedlungsgesellschaft Bienenhorst, die das von ihr in Anspruch genommene Gelände im Bezirk Lichtenberg nicht behalten soll. Die Kommunisten, die in bekannter Art sich bei allen Siedlern und Kleingärtnern angubieren laßen, forderten Verlängerung des Vertrages mit Lichtenberg. Stadtrat Czerninski erklärte, dieser Siedlungsgesellschaft sei niemals eine Zusage gemacht worden, daß sie dort Häuser bauen könne. Das sei ja auch gar nicht möglich, solange noch kein Bebauungsplan dazu besteht. Die Siedlungsgesellschaft hat beschlossen das ganze Gelände als Freizeitanlage auszuweisen und einen Teil davon für Dauerkleingärten zu bestimmen. Einstweilen ist aber die Sache noch nicht so weit, daß die Siedler schon jetzt das Land räumen müßten. Stadtverordneter Genosse Käming fügte hinzu, daß die Gesellschaft Märkische Scholle, die das Gelände zuerst hatte, von vornherein über die Unzulässigkeit mörtlicher Bauten unterrichtet worden sei. Auch in der Gesellschaft Bienenhorst, die später das Gelände übernahm, habe man gemerkt, daß sie über 1929 hinaus das Gelände nicht behalten könne. Bei der Freimachung werde das Bezirksamt schonend vorgehen, damit Härten und Schädigungen möglichst vermieden werden.

Von der sozialdemokratischen Fraktion ist folgende Anfrage eingebracht worden:

Am 30. November 1928 hat das Kleingartenchiedsgericht Prenzlauer Berg in einer Kündigungssache von drei Kolonien auf dem Straßensand zwischen Prenzlauer Allee und Greifswalder Straße der Kündigung unter der Bedingung zugestimmt, daß Entschädigungen für die Kleingärtner bei der Räumung im Betrage von 14 047 M. vom Bezirksamt gezahlt werden. Es ist bekannt geworden, daß der Magistrat das Bezirksamt Prenzlauer Berg angewiesen habe, die Entschädigungsansprüche nicht zu erfüllen.

Wir fragen: Ist der Magistrat bereit, das Urteil des Kleingartenchiedsgerichts anzuerkennen?

Der Koppentplatz im neuen Gewand.

1. Bezirk — Mitte.

Der letzten Bezirksversammlung lag ein kommunistischer Antrag über die Rot der erwerbslosen Jugendlichen vor. Als der Bezirksverordnete Wionowski (KPD.) den Antrag begründete, erntete er zu keiner Ueberrohung schallende Heiterkeit von den gut besetzten Tribünen, deren Besucher zum größten Teil Jugendliche und jugendliche Erwerbslose waren, die sich einmal anhören wollten, wie die KPD. denn eigentlich ihre Räte vertritt! Nach einer sachlichen Erklärung des zuständigen Stadtrats, des Genossen Heremann, beschloß die Bezirksversammlung, über den KPD.-Antrag zur Tagesordnung überzugehen. Dem gleichen Schicksal verfiel ein anderer KPD.-Antrag zur Frage der Märsche. Genosse Brendel erklärte für die sozialdemokratische Fraktion, daß diese aus rein agitatorischen Gründen gestellten Anträge vor die Stadtverordnetenversammlung gehören und daß deshalb die Bezirksversammlung gar keine Veranlassung habe, den kommunistischen Agitationsrummel stillschweigend zu dulden. — Einstimmig genehmigt wurde eine Vorlage über die Umgestaltung des Koppentplatzes. Der Koppentplatz diene während der Untergrundbahnbauten als Lagerplatz für Baumaterialien. Nachdem ihn die Verkehrs-A.G. jetzt freigemacht hat, soll er nach den Anregungen des Genossen Bürgermeister Schneider als Schmuckplatz hergerichtet werden. Die Platzfläche ist durch Hinzuziehen eines Teiles des Straßendamms wesentlich vergrößert worden. Mit den Arbeiten wurde bereits begonnen. Die Berliner Verkehrs-A.G. hat sich auf die Vorstellungen des Bezirksamts hin bereit erklärt, die Kosten für die Umgestaltung des Platzes in Höhe von 30 000 Mark zu tragen.

Hereingefallene Kommunisten.

2. Bezirk — Tiergarten.

Die Bezirksversammlung nahm den Bericht des Ausschusses entgegen, der zu dem schätzenswerten Verhalten des Jugendamtes bei Veranstaltungen in städtischen Jugendheimen Stellung genommen hatte. Das Bezirksamt wurde erlucht, Vorsorge zu treffen, daß politische Ueberwachung von Veranstaltungen unterbleibe und feineres Einwirken in die Ausgestaltung der Heimabende stattfindet. Die Versammlung war einstimmig der Ansicht, daß der Bau der Untergrundbahn nach Moabit dringend erforderlich sei und daß die Bahn erheblich über das Kriminalgericht herausgeführt werden müsse. Das Bezirksamt wurde erlucht, einen entsprechenden Antrag an den Magistrat zu richten. Es folgten dann die Kundreiseanträge der Kommunisten zur Märsche. Gen. Paerlich gab für unsere Fraktion die Erklärung ab, daß die Bezirksversammlung nicht zuständig sei für Proteste gegen Maßnahmen des Polizeipräsidenten. Die Schließung der städtischen Bureauaus würde bedeuten, daß man die Gegner der Märsche veranlaßt, an diesem Tage nicht zu arbeiten. Dagegen hielten wir es für selbstverständlich, daß jeder, der den 1. Mai zu feiern wünscht, an diesem Tage beurlaubt wird. Die Anträge der Kommunisten wurden abgelehnt. Ein weiterer Agitationsantrag der Kommunisten beschaltete sich mit den Erwerbslosen, die auf Grund der Arbeitsfürsorge im Strandbad Wannsee arbeiten. Der Antrag bezweckte einen Vorstoß gegen den sozialdemokratischen Direktor des Strandbades, Gen. Clajus. Der Vorstoß scheiterte aber kläglich, da festgestellt wurde, daß die Forderungen teils längst erfüllt sind, und daß teils nicht die Direktion, sondern das Bezirksamt zuständig ist. Beiläufig war den Kommunisten die Feststellung, daß ein Vertreter ihrer Fraktion während der scharfen Kälte in Wannsee war und sich außerordentlich lobend über die Unterunterräume ausgesprochen hat. Beanstandungen oder Anregungen im Interesse der Arbeiter sind im Winter von den Kommunisten nicht gekommen. Das Bezirksamt wurde erlucht, den Fürsorgearbeitern zwei Stunden Fahrzeit zu vergüten und ihnen unentgeltlich warme Getränke zu verabreichen.

Die Standszenen in der Fürsorgestelle.

4. Bezirk — Prenzlauer Berg.

In der letzten Bezirksverordnetenversammlung wurden zunächst eine Anzahl Vorlagen erlegt, die auch Verkehrsverhältnisse im Bezirk betrafen. Hierzu vom Verkehrsamt des Magistrats gemachte Zusagen wurden als nicht weitgehend genug bemängelt und das Bezirksamt beauftragt, nochmals beim Verkehrsamt zu versuchen, daß sowohl bei den Straßenbahn- wie bei den Kautolinien die nach Heinersdorf und Weihenitz, insbesondere die nach den Friedhöfen führenden Linien, eine Zeitverbesserung und auch bei den Linien 4, 5 und 9 eine Verstärkung des Straßenbahnverkehrs herbeigeführt werde. — Eine Vorlage, das Lehr-Lingsheim in der Schönhauser Allee 140 vom Verein Berliner Verkehrsheimen E. B. in städtische Verwaltung zu übernehmen, wurde einstimmig angenommen. — Desgleichen eine Vorlage, nach der das ehemalige Maschinenhaus auf dem Wasserwerkgrundstück an der Borsdorfer Straße zweigeschossig ausgebaut und darin her- und eingerichtet werden sollen: ein Kindertagesheim, eine Säuglings- und Kleinkinderkrippe und ein Jugendheim.

Auf eine Anfrage unserer Fraktion, welche Gründe vorliegen, daß mit dem Bau der beschlossenen und für unseren Bezirk so dringend notwendigen zweiten Badeanstalt immer noch nicht begonnen wird, teilte Stadtrat Genosse Weber namens des Bezirksamts mit, daß an der Verzögerung der Magistrat die Schuld tragen dürfte. Vor August oder September dieses Jahres könne jedenfalls mit dem Anfang nicht gerechnet werden.

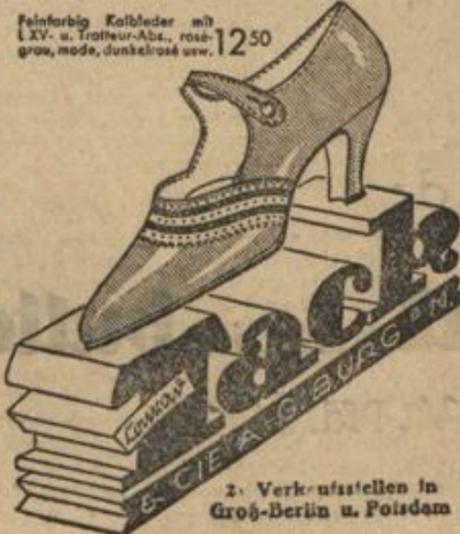
Zu einer anderen Anfrage unserer Fraktion, ob das Bezirksamt in der Lage sei, auf die Hausbesitzer dahin einzuwirken, daß in Zukunft die Wasserleitungen und Klosets bei langem Frost gegen die Einwirkungen des Frostes geschützt und nicht unbenutzbar gemacht werden, teilte gleichfalls Genosse Weber mit, daß die Baupolizei in diesem Winter nach Möglichkeit eingegriffen habe; daß sich die Zentrale damit beschäftige, wie es möglich gemacht werden könne, für die Zukunft diese Mißstände zu beseitigen; auf die Hausbesitzer werde in diesem Sinne eingewirkt werden. — Auf einen weiteren Antrag der KPD. betr. Mißstände in der Fürsorgestelle Kypkestraße, Abteilung Sonderunterstützung, wurden vom Stadtrat Genossen Rosemann an Hand eines Berichts die Zustände, wie sie dort während der Kälteperiode waren, geschildert. Danach haben sich dort sehr viele Leute aufgehalten, die gar nichts zu tun hatten und ganz bewußt Standszenen herbeiführten. Am meisten hätten sich die jugendlichen Männer betragen. Es sei geföhrt, trag Raucherbov geraucht und getrunken und aller möglicher Unfug getrieben worden; jeder Aufruf zur Ruhe sei verächtlich, die Beamten beschimpft und von jugendlichen Kaufbolben seien sie sogar tätlich angegriffen, ihnen die Kleider zerrissen, Stühle und Tische seien umgestoßen und Schalterfenster eingeschlagen worden. Auch habe man das Telephontabel durchgeschnitten. Die Beamten hätten ständig in Gefahr geschwebt, sie seien dauernd in ihrer Arbeit gestört und aufgehalten worden. Auch arbeitslose Frauen, sogar Schwangere, seien vor den Anrempelungen und Beschimpfungen der jugendlichen Burken nicht sicher gewesen. Zwischen der Für-

Zweiterb. Traiteur-Spengen-schuh. Aperte Kombination reibbraun Leder mit rotbraun Besatz. Weiß gedoppelt 1250



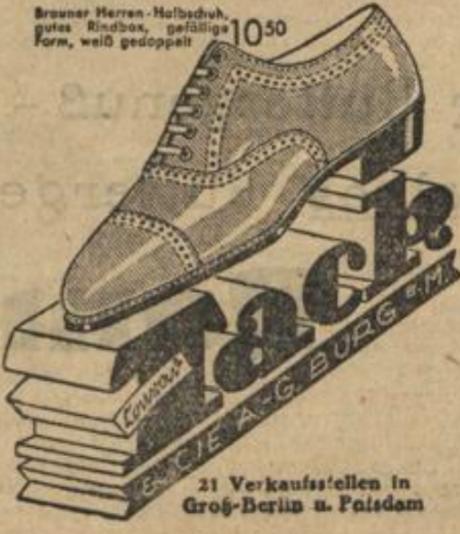
21 Verkaufsstellen in Groß-Berlin u. Potsdam

Feinfarbig Kalbleder mit LV- u. Traiteur-Abz., rosa-grau, mode, dunkelrot usw. 1250



2 Verkaufsstellen in Groß-Berlin u. Potsdam

Brauner Herren-Halbschuh, gutes Rindbox, gefällige Form, weiß gedoppelt 1050



21 Verkaufsstellen in Groß-Berlin u. Potsdam

Braune Herren-Halbschuh, breite amerikanische Form mit Wulstabsatz, Echt Leder 1450



21 Verkaufsstellen in Groß-Berlin u. Potsdam

Metallkonjunktur in der Welt.

Hütten- und Walzwerke als Ruhnießer.

Durch die letzten Ereignisse an den Kupfermärkten, insbesondere durch den unerhörten Preiswucher der Minenkörner ist die Aufmerksamkeit in allen mit der Metallwirtschaft beteiligten Kreisen auf die Zustände in der Metallrohstoffwirtschaft gelenkt worden. Es steht außer Frage, daß die gesamte internationale Metallrohstoffindustrie seit Mitte 1928 in dem Fahrwasser einer noch nie gesehenen Hochkonjunktur liegt, von der zwar in der Hauptsache die Kupfermagnaten profitiert haben, aber etwas ist von der Steigerung der Profite auch für die anderen Erzeuger, besonders für die Blei- und Zinkgesellschaften, übrig geblieben.

Durch die außergewöhnliche Nachfrage, die sich während der Kriegszeit und in den ersten Jahren nach dem Kriege gleichmäßig für alle Metallrohstoffe einstellte, wurden die Minenbesitzer dazu veranlaßt, die Leistungsfähigkeit ihrer Werke und somit auch ihre Produktion auf das äußerste zu steigern, um aus der Förderung und der Veredelung von Erzen soviel wie möglich herauszuholen. In den Jahren nach dem Kriege, durch die Kushungerung der am Kriege beteiligten europäischen Mächte, hatte das Geschäft in Metallen aller Art einen außerordentlichen Aufschwung zu verzeichnen, und wenn man nur an die Zunahme der Handelsunternehmungen,

der Hütten- und Schmelzbetriebe in Deutschland

in der Zeit von 1918 bis Anfang 1924 denkt, so hat man schon eine ungefähre Vorstellung von der Geschäftsentwicklung in der Metallwirtschaft.

Vom Jahre 1925 an haben sich aber die Verhältnisse verändert, und die Gegensätze zwischen der Vergrößerung der Erzeugung und der nicht genügenden Aufnahmefähigkeit der Konumenten machte sich nicht nur in Europa, sondern auch in Amerika bemerkbar, und selbst in den Vereinigten Staaten konnte zeitweise der Verbrauch mit der Produktion nicht Schritt halten, so daß sich bei einzelnen Metallen, vorwiegend bei Blei, später auch bei Zink und Zinn, Absatzschwierigkeiten herausstellten. Natürlich hatte dies auf die Preisentwicklung entsprechenden Einfluß, wie die folgende Tabelle mit den Durchschnittspreisen für Kupfer, Blei, Zink und Zinn zeigt.

	Kupfer	Blei	Zink	Zinn	Dollarcentes je ameriz. Pfd.m. etwa 454 Gramm
1913	15,25	4,37	5,65	44,25	
1927	12,90	6,75	6,25	62,75	
Januar 1928	14,10	6,50	5,65	55,65	
Dezember 1928	16,20	6,50	6,35	50,20	
Januar 1929	16,85	6,65	6,35	48,70	
März 1929	23,95	7,45	6,50	48,85	

Es war aber nicht allein die Ueberproduktion maßgebend, sondern auch technische Verbesserungen der Produktionsmethoden und eine damit verbundene wesentliche Senkung der Herstellungskosten spielten mindestens eine ebenso große Rolle. Bei Kupfer hat man es beispielsweise verstanden, in der Zeit von 1926 bis 1928 im Durchschnitt die

Herstellungskosten um 30 bis 50 Proz.

auf 6 bis 8 Cents zu senken. Eine der führenden amerikanischen Kupfergesellschaften, die Nevada Consolidated Copper Co., die ungefähr 13 Proz. der Jahresweltproduktion von 1928 hergestellt hat, gibt in ihrem Geschäftsbericht offen zu, daß sie die Herstellungskosten von 9,8 Cents auf 7,8 Cents zu Mitte 1926 bis Mitte 1928 senken konnte. Aus der Tabelle ergibt man, daß die niedrigsten Preise bei allen Metallen im Jahre 1927 und in der ersten Hälfte des Jahres 1928 zu verzeichnen waren. Mit dem Rückgang der Preise ist fast zu gleicher Zeit ein starker Zug der Minenbesitzer zur Kartellbildung zu beobachten. Das berühmte internationale Kupferkartell wurde Anfang des Jahres 1926 gegründet und nahm im Oktober desselben Jahres seine Tätigkeit fast zu gleicher Zeit mit dem europäischen Aluminiumkartell auf. Anfang 1927 begannen die Verhandlungen über einen Zusammenschluß der Zinkerzeuger, deren Ergebnis im Frühjahr 1928 die Gründung des europäischen Zinkkartells mit dem Sitz in Brüssel war. Dann folgte die Konferenz der Bleiproduzenten in London, die zwar zu keinem Zusammenschluß führte, aber mit der Gründung eines statistischen und propagandistischen Bureaus doch eine gewisse Vorstufe für einen späteren eventuellen Zusammenschluß schuf.

Die rückgängige Preisentwicklung der Zinn, als dem einzigen Metall, das in der Hauszeit Preisverluste zu verzeichnen hat, ist begründet in der zunehmenden Ueberproduktion in allen Gebieten des Innerbergbaus und der Innhüttenindustrie. Man nimmt an, daß zu Ende des Jahres 1928 die Erzeugung den Verbrauch um 10 bis 15 Proz. übertrafen hat. Die Bestände sind im Jahre 1928 um fast 80 Proz. gestiegen. Auch bei Zink ist bis zum Ende des vergangenen Jahres eine starke Ueberzeugung zu verzeichnen, die dann auch die Mitglieder des europäischen Kartells veranlaßte, während der Monate Januar und Februar 1929 die Produktion einzuschränken, um auf diese Art und Weise zu einer Steigerung der Preise zu gelangen. Das ist auch gelungen, allerdings spielt dabei wohl die allgemein gute Geschäftslage in der Metallrohstoffwirtschaft eine Rolle. Auch die Bleipreise haben sich nach dem starken Rückgang, der bis zur Mitte des vergangenen Jahres anhielt, wieder befestigt, und zwar sowohl als Folge von Produktionseinschränkungen, die in Amerika vorgenommen wurden, als auch auf Grund einer Beeinflussung des Bleimarktes durch das Kupfergeschäft. Ebenso wie am Kupfermarkt während der allgemeinen Aufwärtsbewegung

Spekulationskäufe von Händlern und Verbrauchern

vorgenommen wurden, kann man dieselbe Beobachtung am Bleimarkt machen. Größere Nachfrage und Rückgang der Erzeugung haben sich gleichmäßig von Anfang Januar auf die Preisbildung ausgewirkt. Der Zustand der Ueberzeugung war in der Bleiwirtschaft besonders groß. Die Produktion hat den Konsum zu Ende des Jahres um ungefähr 100 000 Tonnen überstiegen. Die Ruhnießer dieser außergewöhnlichen Konjunktur in der Metallrohstoffwirtschaft, die zu einer Zeit einleiste, wo die allgemeine Konjunktur in Europa, speziell in Deutschland, stark zurückging, sind die Hütten- und die Walzwerksproduzenten, vorwiegend in den Vereinigten Staaten.

Bei dem außergewöhnlich hohen Anteil der amerikanischen Wirtschaft an der Produktion von Zink, Blei und vor allen Dingen

Kupfer ist es ganz selbstverständlich, daß der Löwenanteil der Profitsteigerung auf die amerikanische Metallrohstoffwirtschaft entfällt. Wir erinnern nur noch einmal daran, daß in Amerika mehr als 80 Proz. der Weltkupferproduktion hergestellt werden. Selbst die kleinsten Unternehmungen in Amerika konnten eine Erhöhung ihrer Dividenden im vergangenen Jahr vornehmen. Die Leistungsfähigkeit der Werke wurde bis zum äußersten ausgedehnt, und man nahm Vergrößerungen der Betriebe vor ohne nennenswerte Neuaufnahme von Kapitalen.

Wie hat sich nun die Hochkonjunktur in der Metallrohstoffwirtschaft auf die deutschen Verhältnisse ausgewirkt? Wenn wir zunächst einmal an die letzten Geschäftsabschlüsse von Mansfeld, Bergmann-Selwe, Hirsch-Kupfer, Hüttenwerke Niederschönweide, Hüttenwerke C. Wilhelm Kaiser u. a. erinnern, so können wir feststellen, daß bereits für das vergangene Jahr Bilanzgewinne erzielt und zum Teil, wie bei Hirsch-Kupfer, Springhaute Dividenden-erhöhungen vorgenommen werden konnten. Es steht fest, daß die Hütten- und Schmelzbetriebe ebenso wie die Walzwerksindustrie in starkem Maße von dem außergewöhnlichen Aufschwung innerhalb der Metallrohstoffwirtschaft profitiert haben. Man hat es nämlich nicht nur mit einer Mengen-, sondern auch mit einer Preis-konjunktur zu tun, und die obige Tabelle zeigt, welchen Aufschwung die Metallpreise nach und nach von Anfang Januar 1928 bis März 1929 genommen haben.

Die Fertigmarenindustrie in Deutschland ebenso wie die Gießereibetriebe und das Handwerk sind aber

schwer von den Preissteigerungen

der Metallrohstoffe betroffen worden. Wie wir bereits bei der

Kupferhauffe des öfteren erwähnten, sind auch Deutschland als starkem Einfuhrland von Metallrohstoffen volkswirtschaftlich schwere Verluste aus dieser ungelunden Entwicklung erwachsen. Wir bringen nachstehend eine Gegenüberstellung der deutschen Einfuhr und der Erzeugung von Metallen:

	Einfuhr		Erzeugung	
	alles in tausend Tonnen			
	1913	1928	1913	1928
Kupfer	225	227	41,5	48,6
Blei	84	149	188	104,8
Zink	56	163	281	98,3
Zinn	14	13	12	6

Der Außenhandel in Metallen ist also stark passiv, so daß die Folgen der Hochkonjunktur in der Metallrohstoffwirtschaft für Deutschland höchst unangenehm sind. Seit Ende des vergangenen Jahres ist eine Preiswelle in allen Zweigen der verarbeitenden Industrie zu beobachten. Selbst die Dachorganisation der Fertigmarenfabrikation, der Reichsbund der deutschen Metallwareindustrie, wendet sich zum wiederholten Male

mit aller Schärfe gegen den Preiswucher

in der Kupferwirtschaft. Dampf-, Gas- und Wassermotorenfabriken, Beleuchtungskörperfabrikan, Messing- und Nickelwarenhersteller, Metallgießereien und andere Betriebe der verarbeitenden Industrie waren gezwungen, in kurzen Abständen Preisaufschläge vorzunehmen zu einer Zeit, wo die In- und Auslandskonjunktur in Deutschland zurückging und die Arbeitslosigkeit auf über 2,5 Millionen stieg. Das Bedenkliche an dieser Entwicklung ist aber, daß einmal herausgeschlepte Preise in der verarbeitenden Industrie auch dann nur sehr ungern wieder gesenkt werden, wenn inzwischen die Rohstoffe längst Preisrückgänge erfahren haben. So wirken sich die Folgen des wahnwitzigen Preisauftriebs für Kupfer auch dann immer noch für den Verbraucher aus, wenn inzwischen der Kupferpreis selbst schon wieder, wie es jetzt der Fall ist, erheblich zurückgegangen ist.

Das verteuerte Geld.

Zur Diskonterhöhung der Reichsbank um 1 Prozent.

Die Deutsche Reichsbank hat gestern ihren Diskontsatz, also den Zins für Wechselkredite der Wirtschaft, von 6½ auf 7½ Proz. heraufgesetzt. Die jährliche Erhöhung um ein ganzes Prozent macht nicht nur die im Januar gewährte Zins-erleichterung von 7 auf 6½ Proz. zunichte, sondern verteuert darüber hinaus die Wirtschaftskredite gegenüber der Zeit vor der Diskonterhöhung im Januar noch um ein weiteres halbes Prozent.

Es war schon in den letzten Wochen klar, daß die Leitung der Reichsbank um eine Diskonterhöhung nicht herumkommen konnte und es läßt sich sogar die Frage aufwerfen, ob eine frühere Erhöhung des Zinsfußes nicht schon angebracht gewesen wäre. Die Hoffnung auf eine positive Beendigung der Pariser Reparations-verhandlungen haben zweifellos die Aktivitäten der Reichsbankleitung in dieser Frage beeinflusst.

Wenn jetzt von französischer Seite heftige Angriffe gegen die Diskontpolitik der Reichsbank gerichtet werden, so müssen sie in der Form, wie sie von dem größten Teil der Pariser Presse vorgebracht werden, zurückgewiesen werden. Einmal lagen die Franzosen, daß die Reichsbankleitung mit der Diskonterhöhung im Januar den Gold- und Devisenabfluß bewirkt herbeigeführt habe. Diese Behauptung ist falsch, denn die Zins-erhöhung im Januar entsprach durchaus der damaligen Geldmarkt-lage in Deutschland und es bleibt schließlich die Pflicht jeder Noten-bank, den Zins für die Wirtschaftskredite so billig wie möglich zu stellen. Der zweite Vorwurf der Franzosen lautet, daß Herr Schacht die Diskonterhöhung unangelegentlich lange hinausgezögert und damit die Reichsbank in die äußerst gespannte Devisen-lage hineinmandriert habe, in der sie sich heute befindet.

Wir haben bereits oben betont, daß sich über die Frage des richtigen Zeitpunktes für die Diskonterhöhung streiten läßt, jedoch glauben wir, daß bei der teilweise recht wenig realen und nüchternen Einstellung der Pariser Presse eine Diskonterhöhung während der Pariser Verhandlungen auch einen Sturm der Entrüstung in Paris hervorgerufen hätte. In diesem Falle würde das Argument vermutlich gelautet haben, daß die Reichsbank ihren Diskont demonstrativ erhöht, um auf die Vertreter der Gläubigerstaaten einen entsprechenden Eindruck zu machen. Diese französische Beweisführung trägt leider zur Beruhigung der internationalen Atmosphäre sehr wenig bei.

Erfolgt also die Diskontpolitik der Reichsbank im Grundzug richtig, und durch die Umstände bedingt, so enthält doch das Kommuniqué der Reichsbankleitung, das in Vertretung des Präsidenten Schacht der Vizepräsident Dr. Drehs herausgab, einige sehr merkwürdige Begründungen, die nicht unwidersprochen bleiben dürfen. Wenn Herr Drehs die Devisenzahlungen für Reparations-zwecke und die fortbestehende Passivität des deutschen Außenhandels als Hauptargumente für die Devisenverluste anführt, so vergißt er, daß im Januar und Februar vom Reparationsagenten zusammen 128 Millionen und im März 85 Millionen in fremder Währung transferiert wurden. Der Devisenbedarf infolge des Ein- und Ausfuhrüberschusses betrug im laufenden Jahr etwa 360 Millionen, so daß der gesamte Devisenbedarf für diese beiden wichtigsten Posten noch nicht 500 Millionen betrug. Diese Summe ist aber nur wenig mehr als die Hälfte des gesamten Gold- und Devisen-verlustes seit Anfang des Jahres, der sich auf etwa 1 Milliarde beläuft.

Kun liegen die Ursachen für die Anspannung der Devisenlage bei der Reichsbank in der schnell hintereinander einsetzenden Geld-vertuerung in London und New York. Diese Vertuerung des Geldes hatte rasch größere Abrufe kurzfristiger Auslandskredite in Deutschland zur Folge, da das ausländische Kapital mindestens ebenso nutzbringende Anlagen im Ausland sah wie in Deutschland.

Doch auch diese Abrufe ausländischer Kredite lösen immer noch nicht das Rätsel der Besamendevisenabgänge von einer Milliarde. Die Lösung liegt vielmehr, das kann der Devisenpolitik nicht scharf genug gesagt werden, in einer in den letzten Wochen zielbewußt durchgeführten Kapitalflucht größerer und kleinerer deutscher Kapitalisten. Es sei bei dieser Gelegenheit nur daran erinnert, mit welcher Gewissenlosigkeit von

Hugenberg und seinen Getreuen die Sabotage an der Mark getrieben und das Vertrauen zur Mark systematisch ausgehöhlt wurde.

Es muß nochmals erklärt werden, daß von einer Erschütterung der Währung nicht die Rede sein kann und daß sowohl im Reichsbankgesetz wie auch in der Transferklausel des Dawes-Abkommens genügend Sicherheiten verankert sind. Mit der jetzigen Diskonterhöhung hat die Reichsbank eine Maßnahme getroffen, die weitere Devisenabflüsse verhindern und neues Auslandsgeld ins Land bringen wird, auf der anderen Seite aber wird die Kreditvertuerung für den Konjunkturabfall nicht ohne Folgen bleiben. — Die heftige politische Diskussion im Ausland sollte für uns wie auch für die Gläubigerstaaten eine dringende Mahnung sein, so schwerwiegende wirtschaftliche Fragen wie Reichsbankpolitik und ihren Zusammenhang mit den Reparationen um dem Transfer endlich aus der politischen Atmosphäre herauszu-schieben.

Bergmann geht es gut.

Trotz der Zurückhaltung des Generaldirektors.

Auf der Generalversammlung der Bergmann Elektrizitäts-Werke L. G. in Berlin-Reinickendorf wurde der von uns bereits besprochene Gewinnabschluss und die Dividendenzahlung in Höhe von 9 Proz. genehmigt.

Die Ausführungen des Generaldirektors Hiffink zur gegenwärtigen Betriebstage bei Bergmann zeigten, daß es dem Unternehmen um nichts schlechter geht als im letzten Jahre. Herr Hiffink erklärte zwar, daß er sich mit Rücksicht auf die undurchsichtige Bohnbewegung in Deutschland (!) mit seinen Angaben Zurückhaltung auferlegen müsse, gestand aber zu, daß die Umsätze im neuen Jahr sich auf der Höhe von 1928, (in welchem Bergmann eine scharfe Umsatzerhöhung erfahren hatte. Red. d. „V.“) hielten. Die Anfang des Jahres rückläufige Auftragsbewegung habe jetzt wieder nach gelassen, so daß der gegenwärtige Auftragsbestand höher sei als im Januar. Das Unternehmen sei auf mehrere Monate mit der jetzigen Belegschaft voll beschäftigt.

Obwohl also Herr Hiffink es bei der undurchsichtigen politischen Lage und Bohnbewegung nicht für angebracht hält, für die Unter-nehmer doch sicher erfreuliche Dinge, wie einen hohen Auftragsbestand, beim richtigen Namen zu nennen, kommt er doch um die Tatsache nicht herum, daß Bergmann sich auch heute noch in einer recht kräftigen Konjunktur befindet.

Der Reichsbankausweis vom 23. April. In der Berichtswache vom 16. zum 23. April hat sich die gesamte Kapitalanlage der Bank um 38,2 auf 2450 Millionen erhöht. Sehr stark war die Zunahme des Wechsel- und Scheckbestandes um 118,4 auf 2239,4 Millionen. Die Lombards gingen um 80,4 auf 41 Millionen zurück, während sich die Reichsbankwechsel mit 76,7 Millionen kaum veränderten. Der Umlauf an Reichsbanknoten hat um 226,3 auf rund 3019 Millionen abgenommen — die Bestände an Gold- und dedungsfähigen Devisen haben um 234,7 auf 2218,8 Millionen abgenommen. Im einzelnen gingen die Goldbestände um 251 auf 2178,9 Millionen zurück, während die dedungsfähigen Devisen um 16,3 Millionen auf fast 40 Millionen stiegen. Die Dedung der umlaufenden Noten durch Gold und dedungsfähige Devisen ist von 59,2 auf 58,6 Proz. gesunken, während die Dedung durch Gold allein von 58,6 auf 55,6 zurückging.

Die Berliner Sparkasse im Hypothekengeschäft. Die Bedeutung der Sparkasse der Stadt Berlin als Geldgeber für den Hypothekenmarkt läßt sich aus einer per Ende März aufgestellten Hypothekens-tatistik erkennen. Danach waren zu diesem Termin insgesamt 135,8 Millionen Mark Hypotheken ausgeliehen, wovon 57 Mill. auf Neubauten und 78,8 Mill. auf Neubauten entfielen. Einmischlich 30 Mill. Zuschusshypotheken, die dem Magistrat für den sozialen Wohnungsbau zur Verfügung gestellt wurden, sind somit insgesamt 50 Proz. der bei der Berliner Sparkasse vorhandenen Sparenden dem Hypothekenmarkt zugewiesen. Insgesamt sind von der Berliner Sparkasse und Stadtbank 13 476 Wohnungen finanziert worden.

Mißglückter Rechtfertigungsversuch.

Die Reichsbahn bestreitet Hungerlöhne.

Die Eisenbahnarbeiter sind undankbare Geschöpfe. Sie fordern Lohnserhöhung, obwohl es ihnen eigentlich gar nicht schlecht geht. Die Reichsbahnhauptverwaltung hat das seihen in einer Botschaft mit der bürgerlichen Presse laut und deutlich verkündet. Die Behauptung der Gewerkschaften, daß es bei der Reichsbahn nach den niedrigen Wochenlohn von 20 bis 25 M. gäbe, sei irreführend. Der Wochenlohn von 24 M. stelle nur die unterste Grenze dar; dazu kämen aber weitere Faktoren der Lohnbildung, wie Frauen- und Kinderzuschläge, die die Privatindustrie nicht zähle, Akkordzuschläge für die Belegschaften der Ausbesserungswerkstätten, der Bahnunterhaltung und Güterböden, Reise- und Nachtzuschläge und Ueberstundenverdienst. Die unterste Grenze im östlichen Deutschland betrage also praktisch 30 M. und der durchschnittliche Wochenlohn 45 M. Schließlich kämen dann noch an unrichtbaren Löhnen hinzu: zwei Drittel der Beiträge für die Zulagenversicherung, Wohnungsfürsorge, Erholungsbeime, Unterstützungsfonds, Freifahrt, besserer Urlaub als bei den Arbeitern der Privatindustrie, eine gewisse Sicherheit in der Beschäftigung usw.

Die Gewerkschaften würden es begrüßen, wenn die Behauptung der Verwaltung, der Mindestlohn betrage pro Woche 30 M. wahr wäre. Leider wird trotz aller Berechnungsniffe der Verwaltung das Einkommen vieler Eisenbahnarbeiter nicht größer. Es bleibt bei 22 bis 24 M. Nettoeinkommen. Hier ist der Beweis:

Im Jahre 1928 waren bei der Reichsbahn rund 391 000 Arbeiter beschäftigt. Davon arbeiteten 20 Proz. im Wirtschaftsbereich I und 60 Proz. davon nach den Lohngruppen V, VI und VII, also rund 51 800 Arbeiter. Für die Lohngruppe V wurden in der Ortsklasse A 57 Pf., B 56 Pf., C 55 Pf., D 54 Pf. und E 53 Pf. gezahlt, für die Lohngruppe VI lautend die entsprechenden Ziffern 55, 54, 53, 52 und 51 Pf., für die Lohngruppe VII: 54, 53, 52, 51 und 50 Pf. Zu diesen Stundenlöhnen kommt noch ein Soziallohn von 1,62 M. pro Woche. Im Durchschnitt zahlt die Verwaltung ihren Arbeitern noch nicht zwei volle Soziallohnzüge, also für eine Frau und ein Kind. Für nur eine ganz geringe Zahl dieser Arbeitergruppe kommen einige Prozent Ortslohnzulage hinzu, Rangierer, die nach den genannten Sätzen entlohnt werden, erhalten z. B. bei schwerem und ganz schwerem Dienst Tageszulagen von 20, 40 und 60 Pf. Bis auf die Güterbodenarbeiter, die vereinzelt im Gedulge arbeiten und ebenfalls unter diese Lohngruppe fallen, arbeiten die übrigen Teile so gut wie überhaupt nicht im Gedulge; sie haben also keine Möglichkeit, durch Akkordarbeit ihr Einkommen zu erhöhen. In den Ortsklassen C, D und E sind aber 24,3 Proz. der Arbeiter eingestuft. Die Arbeitszeit beträgt pro Woche 51, 52

und 54 Stunden. An Sozialabzügen kommen von diesen Lohnsätzen Beträge von 4 bis 3,50 M. pro Woche in Begliff, wobei zu beachten ist, daß 16 Proz. der Arbeiter überhaupt keinen Sozialzuschlag erhalten. Nach diesen Zahlen kann sich jeder Laie selbst auf die Behauptungen der Reichsbahnhauptverwaltung einen Vers machen.

Und wie steht es nun mit dem „unsichtbaren“ Lohn? Trotz der Leistung von zwei Drittel der Beiträge für die Zulagenversicherung gibt die Eisenbahnverwaltung noch längst nicht den Anteil am Versicherungsbeitrag, den sie infolge ihrer Ausbeutungsmethoden und angesichts des übermäßig hohen Krankenbestandes von Rechts wegen zu zahlen verpflichtet wäre.

Die Verwaltung renommiert mit der Wohnungsfürsorge. Dabei ist ein Mietzins von 56 M. pro Monat für eine Zweizimmerwohnung für die Eisenbahnarbeiter durchaus keine Seltenheit. Viele Arbeiter, die in bahneigenen Wohnungen wohnen, müssen sich sehr oft Tag und Nacht der Reichsbahn zur Verfügung halten. Sie stehen förmlich unter Kontrolle und müssen vielfach, wenn sie abends weggehen wollen, beim Dienststellenvorsteher um Urlaub bitten. Sie sind also praktisch fast kaserntiert.

Die Verwaltung hält den in Akkord arbeitenden Eisenbahnern die Akkordüberverdienste im Zusammenhang mit der verweigerten Ablehnung des von den Gewerkschaften festgestellten Mindesteinkommens vor. Dabei wird ein Drittel, vor allem die Arbeiterkraft der Werkstätten, im Gedulge beschäftigt und die Hauptverwaltung weiß genau, daß bei der Akkordarbeit das schärfste Ausbeutungssystem herrscht. Ständig bemühen sich mit 1400 und noch mehr Mark pro Monat bezahlte Reichsbahndirektoren, die Ueberverdienste herab zu drücken.

Die Verwaltung kommt dann mit dem Freifahrttschein. Für ihn kann sich der Arbeiter keinen Hering kaufen. Er kann ihn nur ausnützen, wenn er Geld hat. Was schließlich von dem Gerede der Verwaltung über die Lebensstellung der Eisenbahner zu halten ist, weiß jeder, der sich an den scharfen Personalabbau erinnert, der in den letzten Jahren wiederholt im Reichsbahnbetrieb vorgenommen worden ist.

Ueber die Drohung der Verwaltung mit Tarifierhöhung ist kein Wort weiter zu verlieren. Bei jeder Lohnverbesserung und Lohnbewegung kam die Verwaltung mit diesem Schredmittel. Unglücklicherweise ist ihr unter die Nase gerieben worden, daß sie sehr schnell Geld hätte, wenn sie einmal, statt Korruptionzulagen zu zahlen, die Löhne verbessern wollte. Das Gedulge mit Tarifierhöhung ist reichlich deplaziert.

Löhne gewährt, jedoch für die Arbeiter der Gruppe II (Dresler, Fabler, Fräser, Schleifer, Einrichter und Maschinenbauer) nur dann, wenn sie bisher unter 1,30 M. Stundenverdienst hatten. Für die Arbeiterinnen ist insofern noch eine Verbesserung des bisherigen Tarifes erzielt worden, als der Lohn der Vollarbeiterinnen nicht erst nach Vollendung des 21. Lebensjahres, sondern bereits vom 18. Lebensjahr an gezahlt werden muß. Das Lohnabkommen gilt bis zum 31. März 1930.

Lohnkonflikt in der Lederwarenbranche.

Die erste Auswirkung des Reichsarbeitsgerichtsurteils.

Der Lohnkonflikt für die Reiseartikel- und Portefeuillebranche war zum 29. März von beiden Tarifparteien gelöst worden. Die Unternehmer verlangten einen Abbau der Löhne um 10 Proz. und „begründeten“ diese Forderung mit den üblichen Rebenarten von der angeblichen Konkurrenzunfähigkeit gegenüber dem Ausland usw. Die organisierte Arbeiterkraft vertrat jedoch die entgegengesetzte Auffassung und forderte eine Aufbesserung der Löhne um 10 Proz.

Direkte Verhandlungen führten zu keiner Verständigung, so daß von den Arbeitern beschlossen wurde, den Schlichtungsausschuss anzufragen. Da aber in der Kammerverhandlung eine Uebereinstimmung zwischen den Beisitzern der beiden Vertragsparteien weder untereinander noch mit dem Schlichtungsausschuss vorzuziehen zu erzielen war, Gewerbetariff Rörner aber nach den Erfahrungen mit dem bekannten Rubrikstreik und einer Auslegung durch das Reichsarbeitsgericht selbst eine Entscheidung nicht treffen wollte, verließen auch die Schlichtungsverhandlungen ergebnislos. Es kam ein Schiedsgericht nicht zustande.

Sowohl von den Vertrauensleuten der Lederwarenbranche als auch von einer Vollversammlung, die zu diesem „Verhandlungsergebnis“ Stellung nahmen, wurde die Branchenkommission beauftragt, nochmals mit den Fabrikanten Verhandlungen anzubahnen. Der Branchenkommission wurde für diese Verhandlungen uneingeschränkte Vollmacht erteilt.

Schiedsgericht für die Gasbetriebsgesellschaft.

Gestern fällte der Schlichtungsausschuss unter dem Vorsitz des Gewerbetariffs Rörner einen Schiedspruch, wonach für die Arbeiter der Gasbetriebsgesellschaft dieselbe Lohnerhöhung zu gewähren ist, die für die städtischen Betriebe gilt. Demnach tritt ab 1. April für die Lohngruppen 1 bis 4 auf die bisherigen Löhne eine Lohnerhöhung von 3 Pf. pro Stunde und ab 1. Oktober eine weitere Zulage von 4 Pf. in Kraft. Die übrigen Lohnsätze und Wochenlöhne erhöhen sich im gleichen Verhältnis. Das Abkommen gilt bis zum 31. März 1930.

Schiedsgericht im Bäckerkonflikt.

Am Dienstag wurde mit den Berliner Bäckerinnungen nochmals über den Abschluß eines neuen Mantel- und Lohnvertrages verhandelt. Die Parteien kamen sich lediglich in der Frage der Arbeitszeit für die Kleinbetriebe näher. Ueber die Arbeitszeit in den Großbäckereien, sowie über die anderen streitigen Punkte, wie z. B. die Benutzung des Arbeitsnachweises, die Regelung des Raft- und Bagawesens, der Ferien, der Bestimmungen über den § 616 BGB. und besonders über die Löhne konnte keine Verständigung erzielt werden.

Die Unternehmer schlugen schließlich vor, den Schlichtungsausschuss anzufragen, was jedoch von der Verhandlungskommission wegen der vielen Erfahrungen im Vorjahre abgelehnt wurde. Man einigte sich endlich dahin, daß der gesamte Tarifstreit einem freien Schiedsgericht überlassen werden sollte, das in kürzester Frist zusammenzutreten soll.

Eine Versammlung der Bäckereiarbeiter stimmte diesem Vorschlag zu, verlangte aber, daß dieses Schiedsgericht nicht mit je einem Beisitzer der Vertragsparteien, sondern mit je zwei Beisitzern besetzt werden sollte. Es ist anzunehmen, daß die Verhandlungen vor dem freien Schiedsgericht zu einer Verständigung führen und daß es die Unternehmer nicht wieder wie im Vorjahre darauf ankommen lassen, ihre Kräfte mit den Arbeitern im offenen Kampfe zu messen.

Die Maifestnummer der in fünf Sprachen erscheinenden I.T.Z. Organ der Internationalen Transportarbeiterföderation, die jetzt nahezu 2 1/2 Millionen Hosenarbeiter, Eisenbahner, Seelente und alle sonstigen im Verkehrswesen beschäftigten Arbeiter umfaßt, ist in besonders sorgfältiger Aufmachung erschienen.

Abteilung, SPD., Aufhänger, 7. Bezirk, Fraktionsleitung Cannabod, 27. April, bei Kofenthal, Schöneberg, Oberstr. 14.

Freie Gewerkschafts-Jugend Groß-Berlin

Deuts. Freitag, 19.4. Ubr. legen die Gruppen: Appellplatz: Jugendheim des Bezirksamt Wedding, Luciner See: Ostkreuz, Sportplatz: „Der Aufbau der Gewerkschaften.“ — Charlottenburg: Gruppenheim Jugendheim Oberstr. 14. Vortrag: „Jugend und Berufsleben.“ — Westkreuz: Jugendheim Schöneberg: Gr. 20. Vortrag: „Die Entwicklung der Gewerkschaften nach dem Krieg.“ — Hermannplatz: Gruppenheim Jugendheim Sanderstraße 11. Gr. 10: Oberkreuz. Vortrag: „Der Aufbau und das Wesen des I.T.Z.“ — Köpenick: Jugendheim Volkstheaterstr. 6. Auspachhochend: „Marsch Sommerfest und unser Epitaph.“

Jugendgruppe des Zentralverbandes der Anwohner

Deuts. Freitag, finden folgende Veranstaltungen statt: Sankt-Nikolaus: Jugendheim Gr. 14 (großer Saal). Vortrag: „Wann feiern wir den 1. Mai?“ Referent Dr. Max Schütz. — Oberkreuz: Jugendheim Kaufener Str. 2. Vortrag mit Lichtbildern: „Wilmam Wolf.“ Referent Georg Feilbrunn. — Köpenick: Jugendheim Gollnauer Str. 5. Vortrag: „Auf und Ab in der Jugendbewegung.“ Referent Gertraud Schulz-Frenkel. — Köpenick: Jugendheim Volkstheater-Str. 7-10. Vortrag: „Sozialistisches Utopien.“ Referent Hans Espinath.

Maifeier 1929.

An die Berliner Mitglieder der KfA-Gewerkschaften!

Alle Berliner KfA-Gewerkschaften veranstalten ihre diesjährige Maifeier gemeinsam im großen Saal der Philharmonie, Bernburger Str. 22/23, vormittags 10 1/2 Uhr. Zu dieser gemeinsamen KfA-Feier haben nur Mitglieder der Berliner KfA-Gewerkschaften Zutritt. Diese KfA-Mitglieder, für die allein diese Feier bestimmt ist, müssen sich durch das gültige Mitgliedsbuch einer KfA-Gewerkschaft bei der Saalkontrolle ausweisen. Jedes KfA-Mitglied, welches beim Eintritt in den Saal sein Mitgliedsbuch vorgezeigt hat, erhält, wenn das Buch als richtig erkannt worden ist, die diesjährige Maixmarke. Maixmarken werden nur an KfA-Mitglieder ausgegeben, die an der gemeinsamen KfA-Maifeier teilnehmen.

Bezirkliche Feiern werden in Berlin vom Ortsratell oder den Berliner KfA-Gewerkschaften nicht veranstaltet. Wir bitten, bei der Feier den Anweisungen der KfA-Ordner unbedingt Folge zu leisten und auch alle weiteren auf die Maifeier bezüglichen Bekanntmachungen der Berliner Spitzenorganisationen genauestens zu beachten.

Allgemeiner freier Angestelltenbund, Ortsratell Berlin, Platau, Petersdorf.

Krankenkassenmitglieder und 1. Mai.

Vom Zentralverband der Angestellten wird uns geschrieben: Wie alle freigewerkschaftlich organisierten Arbeiter und Angestellten wollen auch die in den Krankenkassen beschäftigten Kollegen sich in möglichst großer Zahl an der Maifeier der freigewerkschaftlichen Arbeiterbewegung Berlins beteiligen.

Mit diesem Grunde bitten wir die auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung stehenden Arbeitnehmer, die Krankenkassen am 1. Mai möglichst nicht aufzusuchen. Nur auf die allerdringendsten Notfälle sollte die Inanspruchnahme der Krankenkassen am 1. Mai beschränkt bleiben.

Deter redet und drückt sich.

Wo bleiben die Kampfsleitungen.

Am Mittwoch berichtete Genosse Knobel vom Verkehrsband in einer von den freien Gewerkschaften einberufenen Versammlung der organisierten Arbeiter des Hoch- und Untergrundbahnbetriebs in den Mustertafeln über das Ergebnis der Mantel- und Lohnverhandlungen.

Genosse Knobel hob zunächst hervor, daß für das Personal der Hoch- und Untergrundbahn in der Frage des Krankenlohnes eine geringe Verschlechterung gegenüber dem früheren Zustand in Kauf genommen werden mußte, die aber durch andere Verbesserungen mehr als wettgemacht wurde. Daß für alle Arbeiter der Verkehrs-B.G. nicht gleich große Verbesserungen durchgesetzt werden konnten, lag daran, daß bisher in den Verkehrsbetrieben eine ganz unterschiedliche Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen bestand, die nicht auf einmal ausgeglichen werden kann.

Nach während der Ausführungen des Genossen Knobel entstand am Saaleingang ein Tumult, da der aus dem Verkehrsband ausgeschlossene Deter Einsatz begehrte und sich auch mit Hilfe seiner in der Versammlung anwesenden Gefinnungsfreunde gewaltsam erzwingen. Deter erklärte der Saalkontrolle, daß er nicht unorganisiert, sondern jetzt Mitglied der Berliner Jahrsstelle des Zimmererverbandes sei. Der Zimmererverband, der Wert darauf legt, eine Berufsorganisation zu sein, schaffte damit einen Präzedenzfall, der sehr bedenklich ist. Gegen den Widerspruch des Genossen Knobel beschloß die Versammlung, Deter reden zu lassen. Deter konnte aber auch nichts anderes berichten als der Genosse Knobel und vermied es wohlweislich, zur Lohnbewegung etwas zu sagen.

Die Versammlung stimmte schließlich mit einer knappen Mehrheit dem von Deter gestellten Antrag zu, den Manteltarifvertrag abzulehnen und außerdem noch in den Betrieben eine Urabstimmung darüber vorzunehmen. Genosse Knobel verwies darauf, daß die Funktionäre der organisierten Berliner Verkehrsarbeiter bereits die endgültige Entscheidung getroffen hätten und die Organisation es ablehnen müsse, die Unorganisierten um ihre Meinung zu befragen.

Der Verlauf dieser Versammlung zeigte jedenfalls, wie krampfhaft Herr Deter bemüht ist, den „revolutionären“ Schein zu wahren und sich durch allerlei Klugheiten davon zu drücken, etwas zu tun.

Kommunistischer Reinfall.

In der Hauptwerkstatt der Straßenbahn.

In einer überfüllten freigewerkschaftlichen Betriebsversammlung von der Hauptwerkstatt der Straßenbahn, Uferstraße, gab der Vertreter des DKB, Genosse Koch I. einen Bericht über die Verhandlungen des Mantel- und Lohnvertrages.

In der Aussprache blieb es einem „Oppositionellen“ vorbehalten, zu empfehlen, die Vereinbarungen abzulehnen. Allgemeines Gelächter erfolgte darauf.

Die nächstfolgenden Redner zeigten, welche Vorteile der neue Vertrag mit der neuen Direktion gebracht hätte und empfahlen die Annahme. In der Abstimmung erfolgte die Annahme der Vereinbarung gegen 4 Stimmen.

Zur Maifeier beschloß die Versammlung wieder gegen vier Stimmen den Anweisungen der Organisationen, den 1. Mai durch Arbeitsruhe zu feiern, und zwar in den von den Organisationen festgelegten Lokalen.

Es war ein schwarzer Tag für den Zimmermann Deter, dem das gut organisierte Personal der Hauptwerkstatt gezeigt hat, wo der Zimmermann das Loch gelassen hat.

Ein Staatsgeheimnis.

Schiedspruch für Sachsens Metallindustrie.

Das Wolff-Bureau meldet: Im Tarifstreit der sächsischen Metallindustrie wurde Mittwochabend in einem vereinbarten neuen Schlichtungsverfahren ein Schiedspruch gefällig, der eine Neuregelung der Löhne bis zum 30. Juni 1930 vorseht.

Das Lohnabkommen und der geänderte Manteltarif treten am 1. April 1929 in Kraft und können erstmalig zum 30. Juni 1930 gekündigt werden.

Die Erklärungsfrist für diesen Schiedspruch läuft bis Dienstag, den 30. April.

Was die Öffentlichkeit und die Interessenten selbst mit dieser „Mittelung“ anfangen sollen, ist ebenso mysteriös wie der Inhalt des Schiedspruches selbst. Mit einer derartigen Geheimnisträumerei macht man sich nur lächerlich.

Neuer Lohnvertrag in den Spritzgussfabriken

Lohnerhöhung von 2 bis 8 Pfennig.

Zwischen dem Metallarbeiterverband und den Berliner Spritzgussfabrikanten, die dem Verband Berliner Metallindustrieller nicht angehören, ist ein neuer Lohnvertrag abgeschlossen worden, der ab 1. Mai für die Formendauer eine Erhöhung der Mindeststundenlöhne um 8 Pf. für die übrigen Facharbeiter und Spritzer um 5 Pf., für die Hilfsarbeiter um 3 Pf. und für die Arbeiterinnen um 2 Pf. vorseht. Der Mindestlohn für die Formendauer beträgt somit ab 1. Mai 1,38 M., für die übrigen Facharbeiter und Spritzer 1,23 M., für die Hilfsarbeiter 85 Pf. und für die Arbeiterinnen über 18 Jahre 58 Pf. Die gleiche Zulage wird auch auf die tatsächlich gezahlten

Abteilung, SPD., Aufhänger, 7. Bezirk, Fraktionsleitung Cannabod, 27. April, bei Kofenthal, Schöneberg, Oberstr. 14.

Freie Gewerkschafts-Jugend Groß-Berlin

Deuts. Freitag, 19.4. Ubr. legen die Gruppen: Appellplatz: Jugendheim des Bezirksamt Wedding, Luciner See: Ostkreuz, Sportplatz: „Der Aufbau der Gewerkschaften.“ — Charlottenburg: Gruppenheim Jugendheim Oberstr. 14. Vortrag: „Jugend und Berufsleben.“ — Westkreuz: Jugendheim Schöneberg: Gr. 20. Vortrag: „Die Entwicklung der Gewerkschaften nach dem Krieg.“ — Hermannplatz: Gruppenheim Jugendheim Sanderstraße 11. Gr. 10: Oberkreuz. Vortrag: „Der Aufbau und das Wesen des I.T.Z.“ — Köpenick: Jugendheim Volkstheaterstr. 6. Auspachhochend: „Marsch Sommerfest und unser Epitaph.“

Jugendgruppe des Zentralverbandes der Anwohner

Deuts. Freitag, finden folgende Veranstaltungen statt: Sankt-Nikolaus: Jugendheim Gr. 14 (großer Saal). Vortrag: „Wann feiern wir den 1. Mai?“ Referent Dr. Max Schütz. — Oberkreuz: Jugendheim Kaufener Str. 2. Vortrag mit Lichtbildern: „Wilmam Wolf.“ Referent Georg Feilbrunn. — Köpenick: Jugendheim Gollnauer Str. 5. Vortrag: „Auf und Ab in der Jugendbewegung.“ Referent Gertraud Schulz-Frenkel. — Köpenick: Jugendheim Volkstheater-Str. 7-10. Vortrag: „Sozialistisches Utopien.“ Referent Hans Espinath.



Ah, Sunlight Seife...
nur sie gibt der
Wäsche diesen Wohlgeruch

Erik E. Elwood: Das Herz des Weißen

(Schluß)

Fünf Monate vor Mr. Mellon bereits in Tawa-Tawa, als sich der böse Vorfall mit dem Messingdraht ereignete.

Eine Rolle Messingdraht war verschwunden und niemand anderer als Kuruki konnte der Dieb sein, behauptete der fremde weiße Mann. Der Draht habe am Vorabend noch an der Wand gehangen, er habe ihn gesehen.

Kuruki beteuerte, daß er nichts genommen habe. Mr. Mellon verließ ihn einen Faustschlag ins Gesicht und rief die beiden anderen Diener her.

„Wir gingen gestern mittags fort, um Laromehi im Dorf zu stampfen, das weißt du, Herr,“ sagten sie.

Richtig. Und der Draht war abends noch dagewesen. Niemand außer Kuruki hatte die Hütte betreten.

Mr. Mellon griff nach der Peitsche. Kuruki biß auf die Lippen und ballte die Fäuste, denn er wußte, daß der weiße Mann sehr schrecklich zuschlagen würde. Der aber lachte plötzlich laut auf und befahl den Dienern, Kuruki zu binden. „Fort mit euch!“ schrie er dann. „Laßt mich mit diesem verdammten Dieb allein!“

Kuruki lag auf dem Boden der Hütte und konnte kein Glied rühren. Der weiße Mann schob ein Waschbecken vor sich hin und goß scharf riechendes Wasser hinein.

„Hast du den Draht gestohlen oder nicht?“ fragte er.

„Nein, Herr. Aber ich will ihn suchen und ihn dir bringen.“

„Du hast ihn also doch gestohlen?“

„Ich nicht, nein, aber du sollst ihn wieder haben, Herr.“

Ueber das Wasser in dem Waschbecken trach plötzlich eine blaue Flamme und züngelte empor. Kuruki heulte auf, aber da ergriß ihn der weiße Mann schon an den Haaren und zerrte ihn über die flackernde Bläue. Es brannte in den Augen, auf den Wangen, das Haar zickte und proffelte.

Kuruki schrie: „Ich will den Draht wieder bringen!“

„Du hast ihn gestohlen?“ lachte der weiße Mann und tauchte ihn tiefer in die Blut.

„Nein,“ röchelte Kuruki. Sein Gesicht loderte, seine Ohren brannten, als würden sie mit glühendem Eisen verbohrt. In den Mund schob ihm heißes Feuer, seine Augen waren nicht mehr.

„Gesteh, du stinker Hund!“ brüllte der weiße Mann. Aber Kuruki brachte keinen Laut mehr über die verkokelten Lippen, er hatte das Bewußtsein verloren.

Als er wieder erwachte, lag er im Sand. Nacht war um ihn, draufende, dröhnende, sternenlose Nacht. Aber die Sonne brannte durch diese Nacht, er fühlte sie auf der Haut, fühlte sie auf dem wundenbedeckten Klumpen, der vordem sein Kopf gewesen war.

Mit unsäglicher Mühe kroch er in die kühlen Mangroden.

Das Gespenst tappte durch die Mittagsstille des Dorfes. Eine Stimme schlug an sein Gehör:

„Kuruki!“

Der Wunde stieß ein Schreul aus und schwenkte die Arme. Er hatte verstanden.

„Ein weißer Mann ist wieder auf Tawa-Tawa,“ fuhr die Stimme fort. „Heute kam er. Eine rauchende Piroge hat ihn gebracht. Er will von dem toten Gott erzählen, wie der vor zehn Jahren. Sein Kopf wäre gut, aber die rauchende Piroge hat den großen Blig mit.“

„N—n—n—nein,“ stotterte das Gespenst. „N—n—n—nein, n—n—n—nicht! W—w—wo ist er?“

„Ich führe dich zu ihm, dann läßt er uns in Frieden mit seinem

toten Gott. Die anderen weißen Männer tauschen Kokosnüsse, sie haben nützliche Dinge mitgebracht.“

Kuruki hotte Tag und Nacht in der Hütte des Missionars. Eine Hand gab ihm zu essen und zu trinken, eine Stimme predigte seinem Ohr. Kuruki sprach nie; er hörte nur die Stimme, die Stimme eines weißen Mannes. Sein ausgezehrer Körper kräftigte sich. Er aß und trank immerfort und hörte zu.

Wenn der fremde weiße Mann die Hütte verließ, erhob er sich und tastete an den Wänden umher. Er suchte etwas, rastlos suchten seine Hände auf den Risten, in den Winkeln. Und eines Tages hatte er das Gesuchte entdeckt. Ein Freudenstachel quoll aus seiner Kehle, dann verbargen seine Hände etwas Blintendes unter der Jacke, die von dem fremden weißen Mann stammte.

Die Nacht kam und der fremde weiße Mann kehrte in seine Hütte zurück. Er betete und sprach freundlich mit seinem Gast, aber der Verstümmelte antwortete mit keinem Laut. Er schien zu schlafen.

Kuruki kroch zur Tür und hielt die Handflächen gegen den Himmel. Bau strich die Luft darüber, es mußte bald tagen. Geräuschlos zog sich Kuruki wieder zurück, tastete nach dem Lager des weißen Mannes.

Der Missionar fuhr aus dem Schlaf, nur einen Augenblick lang. Dann fiel er rückelnd zurück. Kurukis Kiefer hatte ihm die Kehle bis auf den Knochen durchtrennt. Grauenhaftes Schreul traf das Ohr des Sterbenden.

Und das Schreul wanderte. Es kam vom Strand, rücte gegen das Dorf vor, löste näher und näher. Männer, Weiber, Kinder stürzten aus den Hütten und starrten ängstlich in die sahle Dämmerung.

Da erschien das Gespenst, torkelnd, heulend, brüllend. In der einen Hand schwang es ein Messer, in der anderen ein Herz. Blut bedeckte die Zwischlade, die Hohe, die nackte Brust; Blut die Arme, die Zähne, den mit gelben Narben bedeckten Kopfkumpen.

Die Weiber kreischten, die Kinder liefen hinter dem Rasenden her. Aber den Männern war das kein erwünschtes Schauspiel. In der Nacht lag noch die rauchende Piroge mit dem großen Blig.

Ein paar von ihnen steckten die Köpfe zusammen, dann rannte einer in seine Hütte. Erschien wieder, die Keule in der Faust. Bahnte sich einen Weg durch die schlafenden Kinder. Ein gewaltiger Hieb traf Kurukis Raden. Mitten in einem gräßlichen Schreul brach er zusammen, das Herz des weißen Mannes unter sich begrabend.

Gegen Mittag paddelte ein Kanu hinaus zur rauchenden Piroge. Es war über und über mit grünen Zweigen bedeckt. Am Bug winkte der Zauberer von Tawa-Tawa mit einem riesigen Bündel Pandanenzweige: Friede, Friede!

Die weißen Männer riefen: „Kommt nur näher! Herauf an Bord mit euch! Was gibt es?“

Der Häuptling, der Zauberer und drei andere kletterten auf die rauchende Piroge. Verneigten sich, boten Fische, Kokosnüsse und ein Ferkel zum Geschenk. Dann legten sie vor dem erschauerten Kapitän einen blutigen Klumpen nieder, legten ein Menschenherz daneben.

„Kuruki war ein Narr,“ sagten sie, „wir aber sind friedliche Männer. Laß den großen Blig in seinem Rohr.“

Und die Leute im Kanu und die Hunderte am Strand riefen: „Friede, Friede!“

Das ist die Geschichte von dem Gespenst auf Tawa-Tawa, das vordem Kuruki hieß und ein tüchtiger Zauberer und Fischer, ein unerbittlicher Kopfschneider gewesen war.

(Autorisierte Uebersetzung aus dem Amerikanischen von Fritz Weber.)

der Psychoanalytiker Schilder steht in seinem Vortrag auf dem Boden einer die ganze Person umfassenden Psychologie. Während die Psychoanalytiker Freud und Jung das menschliche Bewußtsein und das Unbewußte erfüllt sein lassen von verschiedenen Einzelerscheinungen, die unermittelt nebeneinander stehen, betont Schilder, daß der Mensch bewegt werde durch triebhafte Tendenzen, die das Individuum in seiner Gesamtheit durchziehen, die durch frühkindliche Erlebnisse ausgeleitet werden und sich in jede Äußerung des reifen Menschen nachweisen lassen.

Die Experimente lassen schließlich den Menschen in seiner vollen seelischen Ganzheit wenn das Individuum untersucht wird als ein in seiner natürlichen Umwelt sich bewegendes Wesen. Dieser Gesichtspunkt der Beobachtung des Menschen unter natürlichen Verhältnissen und nicht unter den künstlichen des Laboratoriums, wurde besonders fruchtbar, als man daran ging, die Entwicklung des jugendlichen Menschen zu analysieren. Lewin, Berlin, Charlotte Bühler, Hildegard Heyer, Wien stellen Entwicklungsgehalte bei natürlicher Verhaltung des Menschen auf, wobei Filmaufnahmen von kindlichen Handlungen die wertvollsten Dienste leisten.

Nur soweit die Psychologie den

unzerstückelten Menschen

In seinem natürlichen Verhalten untersucht, kann sie schließlich die Grundlage abgeben für alle Anwendung auf das praktische Leben. Volkelt-Weipzig beleuchtet von dieser Auffassung aus die Bedeutung der modernen Psychologie für eine natürliche kindgemäße Pädagogik und Didaktik. Die Psychologie legt sich für den natürlichen handelnden Menschen ein, sie geht daher zusammen mit den Bestrebungen der Arbeitsschule; sie wendet sich gegen jede verfrühte Intellektualisierung des Jugendlichen; sie ist darum gegen das bekannte Montessoriystem, bei dem einzelne Sinnesfunktionen eingeübt werden, während die totale Erlebnisfülle nicht zu ihrem Rechte kommt. Und so unternimmt es schließlich die moderne Psychologie, die Methode der Intelligenzprüfung unter dem Gesichtspunkt zu revidieren, daß diese Prüfungen vielfach noch zu sehr an das Kind den nicht natürlichen Maßstab des erwachsenen Geistes anlegen und die wertvollen positiven Eigenschaften einer schöpferischen Kindheit außer acht lassen.

Es war nicht meine Absicht, über die mannigfachen Vorträge dieses Kongresses im einzelnen und erschöpfend zu berichten. Es sollte nur grundsätzlich gezeigt werden, daß dieser Kongress die Lebendigkeit der modernen Psychologie und ihre Verflochtenheit mit den wesentlichen Fragen der Wissenschaft und des kulturellen Lebens bestätigt.

Fritz Ebers: Theodor Billroth

Zum heutigen 100. Geburtstag.

Er wurde am 26. April 1829 zu Bergen auf Rügen geboren. Seine Jugend stand unter dem Zeichen der, jenes glückhafte Glück sanft bespielenden Dämon. Und wenn er mit seinem Vater an sonnigen Tagen hinunter nach Putbus wanderte und er an den Begräbern die würdigen Heilpflanzen: Salbei, Schafgarbe, Fingerhut und Kamille schäufte in die Höhe schiefen sah, mag schon damals der Wunsch in ihm rege geworden sein, mit diesen Kräutern die Wunden seiner Mitmenschen zu lindern. In seinen Lebenserinnerungen schreibt er, daß ihn folgendes Kuriosum zur Ermählung des ärztlichen Berufes veranlaßte:

„Zu unserem alten Sanitätsrat Dr. Siemerling in Putbus kam eines Tages ein Handelsmann aus Rohn, der an einem bösen Finger litt. Da Siemerling bei der Untersuchung des kranken Gliedes zwei verschiedene Salbenauflegen bemerkte, die schon auf mehrere Behandlungen deuteten, und den Patienten hierzu befragte, antwortete dieser: „Unten liegt der Baber von Rohn und oben der Herr Doktor von Bergen.“

Die Einsicht, daß besonders auf dem Lande eine grundsätzliche und turpuluscherische Wundbehandlung ausgeübt wurde, trieb den jungen Billroth der Medizin in die Arme. Er studierte zuerst in Greifswald, dann in Göttingen, Berlin und Wien, wurde im Jahre 1855 Assistent an der Berliner Chirurgischen Universitätsklinik, folgte im Jahre 1859 einem Ruf als Professor der Chirurgie und Direktor der Chirurgischen Klinik in Zürich, ging im Jahre 1867 in der gleichen Stellung nach Wien und war während der Kriegsjahre 1870 bis 1871 in den deutschen Lazaretten am Rhein tätig.

Billroth war einer der vielseitigsten Operateure und einer der ersten großen Stilles. Besonders waren es die Magen- und Kehlkopfoperationen, die er sich angeeignet ließ. Aber seine Bücher auf den verschiedensten medizinischen Gebieten beweisen, daß der arbeitssame und gewissenhafte Mann sich nicht einseitig einer Spezialität verschrieben hatte. So galt seine große kriegsschirurgische Erfahrung nicht nur in den Weltkrieg hinein als Autorität auf dem Gebiete der Kriegschirurgie. Und es blieb darum auch die Rettung aller Arten von Wunden seine Lieblingsbeschäftigung, die ihm dann die besonders bedeutsame Erfindung eines undurchlässigen Stoffes, des sogenannten Billroth-Bastites oder Billroth-Leinens vermittelte. Sind auch viele seiner zahlreichen ärztlichen Beobachtungen und Verordnungen längst überholt, dieses Billroth-Leinen ist noch unerreicht geblieben und ein wichtiger Bestandteil in der Verbandheute und den verschiedenen Arten der feuchten Umschläge bei Fiebererkrankungen.

Seinem Freunde und Kollegen Bernhard Rudolf von Langenbeck mit dem er zusammen jahrelang „Das Archiv für Klinische Chirurgie“ herausgab, schrieb er einmal als Widmung in eines seiner Werke:

„Die Glückseligkeit der Menschen beruht auf drei Dingen, auf Gesundheit, Weisheit und Gewissenhaftigkeit.“

Die japanischen Zwergbäume waren und sind teilweise auch noch jetzt bei uns als Merkwürdigkeiten beliebt und werden deshalb teuer bezahlt. Schon seit vielen Jahrhunderten werden in Japan junge Bäume, Nadelbäume wie Laubbäume, durch mühselige, jahrelange Arbeit in ihrem natürlichen Wachstum gehemmt und stellen dann trüffelartige, aber völlig gesunde, blühende und fruchttragende Miniaturbäume der betreffenden Baumart dar. Je älter solche miniaturhaften Bäume sind, die in Japan und China zu kleinen Miniaturlandpflanzen benutzt werden, um so höher stehen sie im Preise. Die Behandlung besteht offenbar in sehr spärlicher Düngung und Bewässerung in einem systematischen Wurzel- und Holzschnitt sowie im Zusammenbinden und Verlegen der Äste und Äste, die dadurch in ihrem Wachstum gehemmt werden, und durch die Bindungen und Krümmungen, die sie machen, um in eine bessere Lage zum Lichte zu kommen, die knorrigen Formen alter Baumriesen von greifendstem Aussehen gewinnen. Den meisten Zwergbäumen wird von ihren Züchtern ein Alter von mehr als 100 Jahren beigemessen.

Univ.-Prof. H. Werner: Moderne Psychologie

Der 11. Kongress für Psychologie wurde als Jubiläumskongress — anlässlich des 50-jährigen Bestehens der Gesellschaft für experimentelle Psychologie — in Wien abgehalten. Wenn wir uns fragen, welche Entwicklung die Psychologie in diesen 50 Jahren genommen hat und welches ihre Stellung im kulturellen und wissenschaftlichen Leben ist, so werden wir an ein dem Außenstehenden nicht sehr wesentlich erscheinendes Ereignis anknüpfen, das sich in Wien innerhalb des Psychologenvorstandes vollzogen hat: Die Psychologen haben beschlossen, aus dem Titel „Gesellschaft für experimentelle Psychologie“ das Wortchen „experimentell“ zu streichen und die Bezeichnung nunmehr

„Deutsche Gesellschaft für Psychologie“ zu nennen.

So wichtig es für die Anfänge und die Entwicklung der modernen Psychologie gewesen ist, daß gegenüber einer populären oder spekulativen betriebenen Seelenkunde durch die experimentelle Arbeit die Grundlagen einer strengen Wissenschaft geschaffen wurden, eine so notwendige Weiterführung war es, wie W. Stern in dem Wiener Eröffnungsvortrag ausführte, daß sich die Psychologie von der exakten, experimentellen Grundlage aus andere Methoden zu gewinnen vermochte, indem sie enge Beziehungen zur Gesamtheit der Geisteswissenschaften (Sprache, Kunst, Religion) und der Naturwissenschaften (Biologie, Psychiatrie) herstellte, in den kulturellen Bereich des Rechts, der Wirtschaft und der Bildung als angewandte Psychologie eindrang. Gerade mit der Erweiterung des Arbeitsbereiches der Psychologie über einen bloßen Laboratoriumsbetrieb hinaus hängt es zusammen, daß die Seelenwissenschaft das Experiment als einzige Methode der Erfassung seelischer Vorgänge anzugeben gezwungen war. So zeigte das programmatische Sammelreferat von W. Stern (Berlin) über Psychotechnik die Bedeutung der nicht experimentellen Methoden für die Berufsausübung geeigneter Menschen, die Berufsberatung, die Anfertigung und Bewahrung im Beruf. Auf diese Entwicklung der sogenannten offiziellen Psychologie in Deutschland ist es zurückzuführen, daß eine sehr bemerkenswerte Annäherung stattfindet an die Methoden der Ausdruckdiagnostik (Graphologie) einerseits und der sogenannten „Lebenspsychologie“ (Psychoanalyse, Individualpsychologie) andererseits.

Es ist also der Weg zur Einheit der Psychologie, der Vereinigung der experimentellen Psychologie mit anderen Richtungen der Seelenwissenschaft, der sich in der Veränderung des Titels der Gesellschaft widerspiegelt.

Neben der Tendenz nach der Einheit der gesamten Psychologie zeigt sich eine zweite Tendenz der modernen Seelenkunde, die Tendenz nach der unzerstückelten

Einheit des seelischen Erlebens.

Die Psychologie macht nämlich überall, in Deutschland, in Frankreich, in England und Amerika eine Krise revolutionärer Art durch. Diese Krise ist bezeichnet durch den Gegensatz zwischen moderner und älterer Auffassung. In dieser älteren Psychologie hatte man sich den Aufbau der seelischen Vorgänge aus einzelnen Stücken vorgestellt, beispielsweise gedacht, daß die Melodie aus einzelnen Tönen, die Sprache aus einzelnen Wörtern bestünde. Und nach Analogie dieses Aufbaues stellte man sich auch den Menschen zusammengesetzt aus Fühlen und Wahrnehmen, Wollen und Denken, stellte man sich ein Volk als eine Summe von Individuen vor. Nun, man mußte allmählich einsehen, daß man die lebensvolle Einheit der Person oder ihrer Bewußtseinsinhalte auf diesem Wege ganz unnatürlich in Stücke riß, daß man sie sozusagen sezerte, ohne sie durch irgendein Wunderstückchen hinterher wieder lebendig machen zu können.

Dieser die moderne Psychologie durchgehende Grundgedanke, vom lebendigen Ganzen auszugehen, erweist sich ebenso fruchtbar bei der Untersuchung der Individuen, wie auch der einzelnen seelischen Vorgänge selbst. So muß unsere Auffassung über das Wesen der Wahrnehmung grundsätzlich revidiert werden. Die optische Wahrnehmung etwa ist, wie H. Göttingen in Wien berichtete, nichts Stattes, Bloß-Optisches, sondern durch den Willen der Person und den Zweck des Gegenstandes qualitativ Bestimmtes; dadurch, daß wir die Gegenstände verwenden, daß wir mit ihnen hantieren, werden sie schon in der Anschauung eigentümlich geformt, sie bekommen eine „Befähigungsqualität“. Prinzipiell wies Werner in Hamburg nach, daß optische, akustische, Tastsinnwahrnehmungen nur in einem intellektuellen Bewußtsein isoliert sind, während beim vollempfindenden Menschen die verschiedenen Sinne sich in ihrer Qualität bis zur Einheit nähern.

„Personalität“.

Die gesamten psychologischen Probleme gipfeln schließlich in den umfassendsten Einheiten des Seelenlebens in der Person. So löst W. Stern in Hamburg zu einer der Psychologie vorgeordneten Wissenschaft von der Person, die er „Personalität“ nennt, vor; in einem umfassenden Kongressvortrag bestimmte er zwei Wesenseigenschaften jeder Person: ihre „Sarttheit“ und ihre „Tiefe“. Auch

Sozialpolitik im Reichstag.

Deutschnationale Vertretung des Unternehmerstandpunkts.

Der Reichstag beriet am Donnerstag die Vorlage auf Erhöhung der Anleihe-Ermächtigung für die Reichsregierung um 20,2 Millionen Mark. Nachdem Abgeordneter Reil (Soz.) über die Ausschussberatung berichtet hatte, erwiderte

Reichsfinanzminister Dr. Hilferding

auf die Kritik des Abg. Graf Westarp (Dnat.): In meiner Etatsrede, in einer Denkschrift und im Haushaltsausschuss habe ich volle Klarheit über die Finanzlage gegeben. Gewiß müssen wir alle uns des Ernstes der Situation bewußt sein.

Die Hauptursache der jetzigen Situation ist die Finanzgebarung von 1926/27.

die im außerordentlichen Etat große Ausgabebewilligungen machte, da sie rechnete, sie durch Anleihen zu decken. Die Anleihen sind nicht eingetroffen. 1926 konnte man nicht die Entwicklung des Kapitalmarktes in den beiden nächsten Jahren voraussehen. Vorsichtige Mahner hat es in allen Parteien gegeben. Wir aber müssen 650 Millionen, die für den ordentlichen Etat bestimmt waren, zur Deckung jener Ausgabebewilligungen verwenden. Es hat keinen Sinn, die Schuldfrage aufzurollen, nur wenige Abgeordnete werden sich von jeder Schuld freisprechen können.

Infolge des außerordentlich langen schweren Winters ist die Arbeitslosigkeit so gestiegen, daß das Reich stark eingreifen mußte.

Bis Ende März waren dafür 195 Millionen erforderlich, im April 65 Millionen und im Mai schätzungsweise 45 Millionen, also bis Anfang Juni etwa 305 Millionen für Arbeitslosenunterstützung. Dazu noch 64 Millionen für die Saisonarbeiter, insgesamt also 370 Millionen. Bei solchen stolzen Anforderungen ist es ganz unmöglich, eine ordnungsgemäße Staatswirtschaft zu führen, zumal wenn Reserven nicht zur Verfügung stehen. Außerdem müßten den betroffenen Gewerben weitgehende Steuererleichterungen gewährt werden. Eine

Änderung des Arbeitslosenversicherungsgesetzes zur Entlastung des Reichs

ist dringend notwendig, die Reichsregierung arbeitet einen solchen Entwurf aus.

Nichts kann für den Kredit des Reiches und für die ganze Wirtschaft schädlicher sein, als wenn diese Situation agitatorisch ausgenutzt und das Reich bankrott hingestellt wird, obwohl es nur bei einem Zahlungstermin 200 oder 300 Millionen braucht. In England ist das ebenso. Der Etat hat doch keine Betriebsmittel und muß sich die nötigenfalls verschaffen. Gerade daß der neue Reichstag den Willen zur Sparsamkeit zeigt, ist eine Garantie, daß die Situation nicht weiter verschlechtert wird. Von einer Gefahr zur die Währung kann gar keine Rede sein. Das Reich beansprucht doch nur solche Mittel, die auf dem Kapitalmarkt schon zur Verwendung bereit stehen. Die Reichsbank wird dadurch in keiner Weise belastet oder veranlaßt, ihren Kredit durch größere Notenausgabe zu erweitern.

Unsere Währung steht absolut fest. Diejenigen, die heute die Verantwortung dafür tragen und die die Erfahrung der Inflation hinter sich haben, sind entschlossen, alles zu vermeiden, was die Währung auch nur im geringsten erschüttern könnte.

Das Bewußtsein, daß jede Erschütterung unserer Währung ausgeschlossen ist, muß auch in der Öffentlichkeit befestigt werden. Die momentanen Schwierigkeiten zur Erregung einer Panikstimmung auszuweichen, wäre ein unverantwortliches Vorgehen, das vor allem die Wirtschaft und damit auch die breiten Massen der arbeitenden Bevölkerung treffen würde.

Für volle Klarheit zu sorgen, war mein erstes Beginnen in diesem Amt. Aber auf der anderen Seite müssen auch alle unberechtigten Uebertreibungen vermieden werden. (Lebhafte Beifall.)

Abg. Stöcker (Komm.) behauptet, die Sozialdemokratie wolle mit den bürgerlichen Parteien zusammen die Reichsfinanzen durch die Arbeitslosenversicherung unter Verschlechterung der Unterstufung sanieren. Er und ebenso

Abg. Fricke (Natsoz.) sprechen über das Schiedsrichtertum der Abg. Bernhard (Dem.) und Heilmann (Soz.) in der Sache Kroll-Oper-Volksbühne und die dafür bezogenen Honorare. Fricke nennt die Republik pleite und verlangt Volksentscheid über die Tributzahlung.

Abg. Döberich (Chr.-Nat. Bauernp.) verlangt „Reform“ der Arbeitslosenversicherung, schleunige Vorlegung von Gesetzentwürfen

auf Kürzung der Beamtengehälter, sowie der Diäten der Reichstagsabgeordneten, und zwar der auswärtigen um 20 Proz., der in Berlin ansässigen um 40 Proz.

Abg. Reil (Soz.):

Wir haben die Finanzpolitik der früheren Regierung schon in den Etatsdebatten 1927 und 1928 getadelt. Zu den Ursachen kommt auch, daß dauernde Ausgaben mit einmaligen Einnahmen gedeckt worden sind, z. B. dem Münzgewinn. Daß die Reparationslast 1929 ihre volle Höhe erreicht, war schon vorher bekannt, und darauf hätte man Bedacht nehmen müssen. Stöcker behauptet, alle Parteien mit Einschluß der Sozialdemokratie wollten die Sanierung durch Schlichterstellung der Arbeitslosen herbeiführen. Das ist eine tendenziös unwahre Darstellung. Wenn man das Arbeitslosenversicherungsgesetz verbessert, so darf man dabei nicht die anormalen Verhältnisse des letzten Winters zugrundelegen. Das habe ich im Ausschuss betont, außerdem daß wesentliche finanzielle Mittel aus der Arbeitslosenversicherung nicht herausgeholt werden können. Stöcker verschweigt das, behauptet, wir ständen in Einheitsfront mit der Rechten gegen die Arbeitslosen und behauptet damit wissentlich die Unwahrheit. (Sehr richtig! links.) Zur Milderung der Kassenschwierigkeiten wird man

die Steuerrückstände der Potenten schärfer eintreiben

müssen. Den gesamten Reichszuschuß an die Arbeitslosenversicherung wird man wohl nicht wieder hereinbringen. Die Rede des Reichsfinanzministers wird das Geipst der Inflation verschleichen, keine offene Darstellung hat uns überzeugt, daß die deutsche Währung gesichert ist. Wir werden der Regierung beistehen, die jetzigen Schwierigkeiten zu überwinden. (Lebhafte Beifall.)

Kampf um Diäten für Obstruktion.

Mißtrauensvotum gegen Orzesinski abgelehnt.

Am Donnerstag kam im Preussischen Landtag das von den Kommunisten gegen den preussischen Innenminister wegen seines bekannten Kundertreffes eingebrachte Mißtrauensvotum zur Abstimmung. Es wurde mit 204 gegen 116 Stimmen abgelehnt. Dafür stimmten Deutschnationale und Kommunisten, während sich die Wirtschaftspartei und die Deutsche Volkspartei der Stimme enthielten.

Ohne große Debatte wurde das Volksschullehrer-Befolgungsgesetz, das an Stelle der bisherigen 15 Proz. jetzt 20 Proz. vom Gesamtbeitrag des staatlichen Schulungsgeldes für Ergänzungszuschüsse zurückstellen will, dem Hauptausschuss überwiesen. Der Staatsrat haßte sich in seinem Gutachten gegen eine Herabsetzung des Schulungsgeldes ausgesprochen und will die Mittel durch Einsparungen im Staatshaushalt aufbringen. Trotzdem besteht aber die preussische Regierung auf ihrer Vorlage.

Ohne Aussprache wurde auch ein sozialdemokratischer Antrag angenommen, der zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit in Schleswig-Holstein die beschleunigte Durchführung von Landgewinnungs- und Deicharbeiten fordert.

Ein Gesetzentwurf über die Bereitstellung von Staatsmitteln zur Gewährung von Beihilfen und Darlehen für Meliorationen in Höhe von 14,276 Millionen Mark ging an den Hauptausschuss.

Die Abstimmung über die zum Etat der Allgemeinen Finanzverwaltung gestellten Anträge ergab u. a. gegen die Sozialdemokraten die Annahme eines Antrages der Deutschen Volkspartei, der die Befreiung des Lebensmittelhandels von der Wandertagersteuer beiseitigen will.

Entsprechend einem Beschluß des Geschäftsausschusses hob das Haus die Immunität des Nationalsozialisten Kaufmann-Oberfeld wegen wiederholter Beleidigung des Oberbürgermeisters von Bochum auf.

Zum Schluß beschäftigte sich der Landtag noch mit einem demokratischen Antrag, der eine Abänderung des Diätengesetzes verlangt. Danach sollen denjenigen Abgeordneten, die nicht an einer namentlichen Abstimmung teilnehmen, die Tagesdiäten entzogen werden. Eine ähnliche Bestimmung besteht bereits für die Reichstagsmitglieder. Die Koalitionsparteien verzichteten auf das Wort.

Um so mehr redete die Opposition. Abg. Leidig (D. Sp.) sah in dem Antrag wohl nicht mit Unrecht das politische Motiv, damit die Obstruktion der Opposition zu treffen. Es ist schon richtig, daß

Die Vorlage wird angenommen, dritte Lesung Freitag. Darauf wird die

Etatsberatung fortgesetzt beim Reichsarbeitsministerium.

Berichterstatter ist Abg. Grafmann (Soz.). Verbunden sind mit der Beratung mehrere Interpellationen und Anträge. Die Beratung wird in mehrere Gruppen geteilt. Zunächst allgemeine Besprechung, dann Sozialversicherung, Arbeitsschutz usw.

Abg. Stöcker (Komm. — zur Geschäftsordnung): Als ich vorhin sprach, versuchten sozialdemokratische Abgeordnete eine Prügelei zu provozieren. (Heiterkeit.) Abg. Künstler hat meinem Freund Käbel angeboten, ihm in die Presse zu hauen. (Widerpruch der Sozialdemokraten.) Das geschieht nur, um die Tribünenkartensperre gegen uns aufrechtzuerhalten. (Lebhafte Auseinandersetzung zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten.)

Abg. Hoffmeyer (Dnat.): Die Gesamtsumme der Sozialkosten beträgt jährlich mindestens 5 Milliarden, für Gehälter und Löhne 25 bis 30 Milliarden, die Sozialkosten also 20 Proz. der Lohnsumme, im Ruhrgebiet sogar mindestens 30 Proz. Auch die Arbeiter im Ruhrgebiet sind der Ueberzeugung, daß dieser Prozentsatz nicht überschritten werden darf. Die Wirtschaft hält einen Sozialzuschlag von mehr als 20 Proz. für unerträglich, obwohl sie eine vernünftige Sozialpolitik im Rahmen der Leistungsfähigkeit der Wirtschaft billigt. Angestellten- und Invalidenversicherung dürfen nicht zusammengelegt werden. Wer sich aus eigener Kraft gegen die Wechselfälle des Schicksals sichern kann, der sollte nicht der Zwangsversicherung unterstellt werden.

Das Ideal der deutschen Wirtschaft kann nicht der risikolose Mensch sein.

Die Sozialversicherung sollte ihre Ausgaben den Einnahmen anpassen und sich nicht auf die Reichskasse verlassen. Wir sind den anderen Ländern in der Sozialpolitik so weit voraus, daß wir ihnen mit der Ratifizierung internationaler Abkommen auf diesem Gebiet den Vortritt lassen sollten.

Um 5½ Uhr wird die Weiterberatung auf heute, Freitag, 3 Uhr, vertagt.

Obstruktion das gute Recht der parlamentarischen Minderheit ist, aber ebenso sehr hat eine Mehrheit das Recht, sich gegen den dauernden Mißbrauch der Obstruktion zu wehren. Herr Leidig möchte gern Obstruktion machen, aber sie darf kein Geld kosten. In Herrn Baeders von den Deutschnationalen und Schwensk (Komm.) fand Herr Leidig Bundesgenossen. Auch sie machten den Versuch, mit ihren Klagen über den niedergehenden Parlamentarismus die Diäten für ihre gemeinsame Obstruktion gegen die Weimarer Koalition zu retten. Die Vorlage wurde darauf dem Hauptausschuss überwiesen.

Heute, Freitag, 11 Uhr: Umgebungsengesetz für den rheinisch-westfälischen Industriebezirk.

Der „Vorwärts“ ist das Blatt der Kopf- und Handarbeiter! Abbonniert den „Vorwärts“!

Ich abonniere den „Vorwärts“ (und die Abendausgabe für Berlin „Der Abend“) mit den illustrierten Beilagen „Volk und Zeit“ und „Kinderfreund“, sowie den Beilagen „Unterhaltung und Wissen“, „Frauenstimme“, „Technik“, „Bild in die Bücherwelt“ und „Jugend-Vorwärts“ in Groß-Berlin täglich frei ins Haus.
(Monatlich 3,60 Mk., wöchentlich 85 Pf.)

Name _____
Wohnung: _____
Straße Nr. _____
vorn — Hof — Quergeb. — Seitenfl. — Tr. links — rechts
bei _____

Ausfüllen und einsenden an den Verlag des „Vorwärts“ Berlin SW 68, Lindenstraße 3.

Mufftanträge

Übersieht man nur dem Namen des Deutschen Müffterverbandes, Berlin, Kommandantenstr. 63/64. Telefon 8277-78. Geschäftszeit 9-8. Sonntags 10-3 Uhr. Auf Wunsch: Vertreterbesuch.

83 NR.8 UNSORTIERT
103 NR.10 UNSORTIERT
123 GROSSE L&W
5 Treffer-LOESER & WOLFF
153 ICH SCHLAGE ALLES
203 DONNA LUCIA

RUD

